

STICHWORT

BAYER

Die anderen Informationen
zu einem multinationalen
Chemiekonzern

Nr. 1/2023 41. Jahrgang

Mit Beilage
BIG
Business
Crime

BAYERs Glyphosat-Produktion

Ein Anfang mit Schrecken

Weitere Themen:

BAYERs Kriegswirtschaft

130 Jahre BAYER-Pestizide

Enttäuschender Tarif-Abschluss

IN ERINNERUNG BLEIBEN

TESTAMENT UND VERMÄCHTNIS

Erbschaften und Vermächtnisse eröffnen weit in die Zukunft reichende Möglichkeiten und entfalten ihre Wirkung für kommende Generationen.

Wenn auch Ihnen eine Welt ohne Ausbeutung und Profitjagd am Herzen liegt, wenn Sie meinen, dass Willkür und Machtmissbrauch der großen Konzerne eingedämmt und beendet werden müssen, dann kommt für Sie vielleicht ein Vermächtnis oder ein Testament zur langfristigen Förderung unserer konzernkritischen Arbeit in Frage.

Fordern Sie unverbindlich und kostenfrei unseren leicht verständlichen Leitfaden zu allen Fragen des Nachlasses im Todesfall an.

JETZT INFORMATIONEN ANFORDERN!

Bitte deutlich schreiben

<input type="text"/>	<input type="text"/>
----------------------	----------------------

Name, Vorname

Alter

<input type="text"/>

Strasse, Nummer

<input type="text"/>

P.L.Z. Ort

<input type="text"/>

E-Mail

<input type="text"/>

<input type="text"/>

Telefon

Telefax / Internet



Coordination gegen
BAYER-Gefahren (CBG)

Postfach 15 04 18
D-40081 Düsseldorf
Deutschland

info@CBGnetwork.org

www.CBGnetwork.org



„Wir stehen weiterhin hinter der Sicherheit und Wirksamkeit unserer Arznei ESSURE. Nur leider ist leider der Markt geschrumpft. Deshalb haben wir uns entschlossen, die Produktion einzustellen.“ Siehe S. 17

Inhalt

- 6 Ehrenrunde für Glyphosat**
EU verlängert Zulassung
- 8 Arznei-Versuche mit Heimkindern**
Ein Betroffener schreibt ein Buch
- 12 Hey BAYER, ich brauch' mehr Geld!**
Enttäuschender Tarif-Abschluss
- 14 BAYERs Giftschränk**
130 Jahre Pestizid-Produktion
- 17 Der Fall „ESSURE“**
Langzeit-Verhütungsmittel vor Gericht
- 18 Glyphosat: Wie alles anfängt**
Die Geburt eines gefährlichen Herbizids
- 24 BAYERs Kriegswirtschaft**
Neue Bedingungen, alte Profite

Rubriken

- 5 Editorial**
Impressum
- 7 O-Ton, BAYER**
Echo
CBG bei der Arbeit
- 30 Promis gegen Profit**
Au weia, BAYER



KEINE URWÄLDER VERFEUERN!

ROBIN WOOD protestiert gegen den Wahnsinn, in Zukunft Holz statt Kohle in deutschen Großkraftwerken zu verbrennen.



Mit deiner Spende hilfst du uns dabei
die Wälder zu schützen
www.robinwood.de/spenden
oder rufe uns an 040 380892-0



ROBIN WOOD

Impressum



Stichwort BAYER -
Die anderen Informationen
zu einem multinationalen Chemiekonzern

41. Jahrgang
Postvertriebsstück G 10848
Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf,
Fon: (0211) 333911, Fax: (0211) 333940

Herausgeberin und Vertrieb:
COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN e. V. (CBG e. V.)
Für mehr Umweltschutz und sichere Arbeitsplätze
bei BAYER - weltweit.
Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf.
Email: info@CBGnetwork.org
Internet: www.CBGnetwork.org
facebook: Coordination BAYER-Gefahren

Wir bitten um Zusendung von Leser*innen-, Protest- und
Bestellbriefen.

Die CBG ist ein internationales Selbsthilfe-Netzwerk, das vom multinationalen BAYER-Konzern Betroffene und an diesem Konzern Interessierte zusammenschließt und die Tätigkeit dieses Multis kritisch begleitet. Ziel der Arbeit ist es, die von BAYER ausgehenden Gefahren für Mensch, Tier und Umwelt bekanntzumachen, einzudämmen und möglichst ganz abzustellen. Konzernkritik braucht Unterstützung. Stichwort BAYER braucht Abonnent*innen. Nutzen Sie den Coupon der Abo-Anzeige in diesem Heft und abonnieren Sie. Oder - noch besser! - werden Sie (Förder-)Mitglied unseres Netzwerkes. Im Rahmen einer (Förder-)Mitgliedschaft erhalten Sie Stichwort BAYER automatisch ohne weitere Kosten. Je ein Exemplar von Stichwort BAYER wird dem Vorstand des BAYER-Konzernes, Kaiser-Wilhelm-Allee, 51373 Leverkusen, übersandt. Leser*innen haben somit die Möglichkeit, die Konzernleitung zu bitten, zu bestimmen, in Stichwort BAYER behandelten Themen, Stellung zu beziehen.

Redaktion: V.i.S.d.P. Jan Pehrke (jp).
CvD: Axel Köhler-Schnura (aks), Uwe Friedrich (uf).

Verlag: Eigenverlag

Vertrieb: CBG

Layout: Ulrich Volkenannt

Druck: Mediengruppe Neuer Weg GmbH

Bankverbindung: EthikBank
IBAN DE94 8309 4495 0003 1999 91
BIC GENODEF1ETK

Anzeigen: Es gilt die Anzeigenpreisliste vom Juli 2018
(1/1 S. sw 1.400,- Euro, zzgl. MWSt.)

Stichwort BAYER erscheint in 4 Ausgaben pro Jahr jeweils
zum Anfang des Quartals.

Der Nachdruck von Artikeln aus Stichwort BAYER ist ausdrücklich erwünscht. Honorar nach Vereinbarung. Datei bitte unter 0211/33 39 11 anfordern. Bitte Quelle angeben und zwei Belegexemplare übersenden. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Bilder und Fotografien wird keine Haftung übernommen. Rechtlich geschützte Warenzeichen werden in Stichwort BAYER ohne gesonderten Hinweis genannt. Daraus ist nicht auf die freie Verwendbarkeit der Markennamen zu schließen.

Auszeichnungen:

Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN e. V. erhielt 1999 den Preis des Kirchlichen Entwicklungsdienstes Oberhausen, zudem 1998 und 1990 den Preis von Business Crime Control. Darüber hinaus wurde Vorstandsmitglied Axel Köhler-Schnura im Jahr 2000 mit dem „Preis für Zivilcourage“ und 2011 mit dem „Henry-Matthews-Preis“ geehrt.

Beirat:

Dr. Erika Abczynski / Kinderärztin / Dormagen,
Hiltrud Breyer / ehem. MdEP/Berlin,
Eva Bulling-Schröter / ehem. Mitglied des Bundestags / Berlin,
Prof. Dr. Wolfram Elsner / Ökonom / Bremen,
Dr. Rolf Gössner / Rechtsanwalt / Bremen,
Prof. Jürgen Junginger / Designer / Krefeld,
Prof. Rainer Roth / Sozialwissenschaftler / Frankfurt

Bei Umzug bitte neue Adresse mitteilen

Die Post teilt uns bei Umzug die neue Adresse nicht mit. Soll Stichwort BAYER Sie auch weiterhin erreichen, informieren Sie uns bitte über Ihre neue Anschrift.



Liebe Leserinnen und Leser,

kurz vor Weihnachten geht dieses *Stichwort BAYER* in Druck, und es ist immer noch Krieg. Nicht einmal eine Waffenruhe zu den Feiertagen, wie von der ÄrztInnen-Vereinigung zur Verhütung des Atomkriegs IPPNW vorgeschlagen, kam zustande. „Friedenspolitik – ein Fremdwort?“, fragten deshalb vier Industrie- und Handelskammern aus dem Osten der Republik in einer ganzseitigen Zeitungsanzeige und hielten fest: „Wenn nicht über Frieden gesprochen wird, bleibt er schlicht unerreichbar.“ Die großen Unternehmen hätten eine solche Annonce nie geschaltet. Der BAYER-Konzern etwa hat sich gut auf die neue Lage eingestellt. Auch für den Global Player ist zwar vieles nicht mehr so, wie es vorher war, aber eines ist ihm selbst unter den veränderten Umständen geblieben: der Profit. Wie er sich mit Gewinn durch die Zeitenwende laviert hat, legen wir in dieser Nummer ausführlich dar. Gründlich hat das Heft sich auch mit der Geschichte von Glyphosat beschäftigt, die in den Phosphorit-Minen von South Idaho beginnt, denn wie die US-amerikanische Umwelt-Aktivistin Hannah Connor sagt: „Von der Wiege bis zur Bahre ist Glypho-

sat ein hochproblematischer Stoff“. Das hinderte die Europäische Union im Dezember 2022 jedoch nicht, die Lizenz – trotz noch nicht abgeschlossener Sicherheitsprüfung – erst einmal um zwölf Monate zu verlängern, was uns auch einen Artikel wert war. In einem Aufwasch gibt es dann gleich noch „130 Jahre Pestizide aus dem Hause BAYER“ mit dazu.

Überdies haben wir zwei Alt-Fälle weiterverfolgt. Die Medikamenten-Tests, die der Leverkusener Multi bis in den 1970er Jahre hinein an Heimkindern machte, lassen den Betroffenen keine Ruhe und uns ebenfalls nicht. Günter Wulf hat ein Buch über sein Martyrium geschrieben, das Marius Stelzmann in dieser Ausgabe rezensiert. Und keine Ruhe geben auch australische Geschädigte von BAYERS Langzeit-Kontrazeptivum ESSURE. Die Frauen reichten eine Sammelklage ein, weshalb wieder mal eine kleine Gerichtsreportage fällig war. Und dann hat das Stichwort sich noch mit einem Thema aus der Rubrik „Kapital & Arbeit“ beschäftigt, das bisher immer etwas zu kurz kam: den Tarif-Auseinandersetzungen in der Chemie-Industrie. In Hoffnung auf ein besseres 2023 verbleibt

Jan Pehrke

Die EU verlängert die Zulassung des BAYER-Herbizids

Ein Jahr mehr für Glyphosat



Das Gebäude der EU-Kommission in Brüssel

Am 15. Dezember 2022 lief die Glyphosat-Genehmigung aus. Aber die Europäische Union schaffte es nicht, die für eine erneute Zulassung nötigen Risiko-Bewertungen fristgerecht vorzunehmen. Das bedeutete jedoch keineswegs das vorläufige Aus für das umstrittene BAYER-Herbizid. Trotz nicht abgeschlossener Sicherheitsprüfung darf der Leverkusener Multi das Mittel vorerst ein Jahr lang weiter vermarkten: Die EU-Kommission sprach eine „technische Verlängerung“ aus.

Von Jan Pehrke

Im November 2017 hatte die Europäische Union die Zulassung des BAYER-Herbizids Glyphosat um fünf weitere Jahre verlängert. Den Ausschlag gab die Stimme des damaligen deutschen Landwirtschaftsministers Christian Schmidt (CSU), der entgegen der Absprache der Großen Ko-

alition mit „Ja“ votierte. Mitte Dezember 2019 reichten dann BAYER und die anderen in der „Glyphosat Renewal Group“ organisierten Hersteller der Agro-Chemie den Antrag auf eine Genehmigung über den 15. Dezember 2022 hinaus ein. Aber die zuständigen Gremien schafften

es nicht, die Risiko-Prüfung rechtzeitig abzuschließen. Sie erklärten im Mai, mehr Zeit zu brauchen, um etwa die Auswirkungen des Mittels auf die Artenvielfalt und die vielen, im Rahmen des Konsultationsprozesses eingereichten Eingaben von Organisationen und Einzelpersonen zu stu-

dieren. Die EU-Gesundheitskommissarin Stella Kyriakides reagierte alarmiert und zeigte sich „zutiefst besorgt darüber, dass sich die Bewertung von Glyphosat verzögert“. Bei anderen Pestizid-Verfahren läuft es auch nicht besser, wie das Umweltbundesamt Anfang des Jahres kritisierte: „Die Wiedergenehmigungsverfahren auf EU-Ebene werden (...) oft über Jahre verzögert: Wenn das geschieht, wird die Genehmigung über die gesetzlichen Fristen hinaus immer wieder verlängert.“

Im Fall von Glyphosat geschah das aber erst einmal nicht. Der EU-Ausschuss für Pflanzen, Tiere, Lebensmittel und Futtermittel lehnte am 14. Oktober 2022 den Antrag der EU-Kommission ab, die Glyphosat-Zulassung provisorisch um ein Jahr zu verlängern. Die für Glyphosat optierenden Länder brachten nicht die notwendige qualifizierte Mehrheit, die mindestens 65 Prozent der EU-BürgerInnen umfassen muss, zustande. Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) begrüßte die Entscheidung: „Völlig zu Recht empfanden es die Ausschuss-Mitglieder als unverantwortlich, Glyphosat ohne aktuelle Risikoprüfung weiter auf dem Markt zu lassen.“ PAN EUROPE pflichtete dem bei. „Verlängerung bedeutet ein weiteres Jahr einem Herbizid ausgesetzt zu sein, das sehr schädlich für die Gesundheit und die Artenvielfalt ist“, hielt der Chemie-Experte Gergely Simon fest und konstatierte: „Es liegen genügend Beweise für die human- und ökotoxikologischen Auswirkungen von Glyphosat vor, die ein sofortiges vollständiges Verbot erforderlich machen.“

Das grün geführte deutsche Landwirtschaftsministerium hingegen mochte sich der Glyphosat-Ehrenrunde nicht entgegenstellen. Der Ministeriumsvertreter in dem Gremium enthielt sich der Stimme. Die Bundesregierung sähe die Verzögerung im Verfahren zwar kritisch, wolle aber der Europäischen Kommission „bei der formal-administrativen Verlängerung um einen kurzen Zeitraum“ nicht im Weg stehen, verlautete aus dem „Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft“.

Am 15. November landete der Fall dann vor dem Berufungsausschuss der Europäischen Union, aber auch dort kam es nicht zu einer qualifizierten Mehrheit für das umstrittene Herbizid. Deshalb hatte

die EU-Kommission das letzte Wort und sprach am 2. Dezember eine technische Verlängerung aus. „In diesem Stadium des Prozesses, wo es kein Anzeichen dafür gibt, dass die in den EU-Rechtsvorschriften festgelegten Zulassungskriterien nicht mehr eingehalten werden, war die Kommission rechtlich verpflichtet, eine befristete Verlängerung der derzeitigen Zulassung von Glyphosat vorzuschlagen“, hieß es aus Brüssel. Die Generaldirektion Gesundheit erklärte immerhin, die verzögerte Risiko-Bewertung des Pestizids „mit Sorge“ zu betrachten und sah sich bemüßigt, Zweifel an der Sorgfaltspflicht der Europäischen Union zu zerstreuen. „Schutz der menschlichen Gesundheit

und der Umwelt ist von höchster Bedeutung für die Arbeit der Kommission, insbesondere im Zusammenhang mit der Zulassung von Wirkstoffen wie Glyphosat in der EU“, erklärte sie.

Für die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN und die anderen im BAN-GLYPHOSATE-Bündnis organisierten Gruppen sind das nur Lippenbekenntnisse. Sie appellierten an die EU-Gesundheitskommissarin Stella Kyriakides,

dem Mittel wegen der seiner umfassend belegten Schädlichkeit für Mensch, Tier und Umwelt sofort die Lizenz zu entziehen. Den neuen Zeitplan der EU-Kommission, der eine Veröffentlichung des säumigen Abschlussberichts der Europäischen Lebensmittelbehörde EFSA im Juli 2023 vorsieht und einen endgültigen Entscheid über die Zukunft des Pestizids erst im Dezember 2023, lehnen die Initiativen ab.

Die Ampel-Koalition macht ihre Pestizid-Politik nicht vom Votum der EU abhängig. Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir bekräftigte am 20. September im Bundestag, zu dem im Koalitionsvertrag vereinbarten Glyphosat-Ausstieg zu stehen: „Und ich sage jetzt schon allen Akteuren der Branche, dass sie in ihren Planungen davon ausgehen sollen, dass das Verbot am 1. Januar 2024 umgesetzt wird.“ Aber in der Antwort auf eine Nachfrage seines Partei-Kollegen Karl Bär schränkte er sogleich ein: „Die Grenzen dessen, was ich sage, kennen Sie: Das ist das europäische Recht. Das kann ein Bundesagrarminister natürlich nicht außer Kraft setzen.“ ←

O-Ton BAYER



Bild: BAYER

„Zu hadern bringt nichts. Man spielt mit dem Blatt, das man hat. Die Entscheidung war richtig. Wir würden das wieder so machen.“

BAYER-Chef Werner Baumann zur MONSANTO-Übernahme.

Echo

Dr. G. A.: Kürzlich bekam ich die neuen „Stichworte“ und fand den Artikel über den Lobbyismus der Pharma-Industrie „BAYER zahlt nicht“ sehr interessant und hilfreich: herzlichen Dank dafür!

CBG bei der Arbeit

Im Rahmen ihrer Ausstellung „Pestizide – Gefahr für Mensch und Umwelt“ hatte die Bochumer Ortsgruppe der NATURFREUNDE DEUTSCHLANDS die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) am 27. Oktober 2022 zu einem Vortrag über BAYERs Ackergifte eingeladen. Und so referierte CBG-Vorstand Jan Pehrke über die lange unheilvolle Tradition, auf die der Leverkusener Multi in diesem Bereich zurückblicken kann. Dabei spannte er einen weiten Bogen vom Jahr 1892, in dem der Konzern mit ANTINONNIN das erste Antiinsekten-Mittel auf chemischer Basis herausbrachte, bis zur Gegenwart – aus gegebenem Anlass unter besonderer Berücksichtigung von Glyphosat und dessen Risiken und Nebenwirkungen. Aber auch der Pflege der politischen Landschaft des Agro-Riesen zum Gedeih seiner Pestizid-Profite sowie der Ökonomie dieses Geschäfts widmete Pehrke sich, was viel anregenden Stoff für die anschließende Diskussion lieferte.

Ein BAYER-Versuchskaninchen schreibt ein Buch

„Günter, jetzt schluck das mal“



Buchautor Günter Wulf im Jahr 2019 auf der BAYER-Hauptversammlung

Seit Ende 2018 steht die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN mit dem VEREIN EHEMALIGER HEIMKINDER IN SCHLESWIG-HOLSTEIN in Kontakt. Im darauffolgenden Jahr konfrontierten diese den BAYER-Vorstand auf der Hauptversammlung direkt mit ihrer Vergangenheit als Versuchskaninchen für BAYER-Arzneien und spätere unfreiwillige Dauer-PatientInnen von Medikamenten des Leverkusener Multis. Günter Wulf hat nun ein Buch über sein Martyrium geschrieben. Zudem gab im Sommer nach Schleswig-Holstein nun auch Nordrhein-Westfalen eine Studie zur Aufarbeitung des Medikamenten-Einsatzes in Heimen und Einrichtungen der Kinder- und Jugendpsychiatrie in Auftrag.

Von Marius Stelzmann

Günter Wulf beschreibt in seinem autobiographischen Werk „Sechs Jahre in Haus F“ die Erfahrungen, die er zuerst im Kinderheim und später in der geschlossenen Psychiatrie machen musste. Direkt nach

der Geburt im Jahr 1959 wurde Günter seiner Mutter, die zwei Jahre vorher für unmündig erklärt worden war, abgenommen. Man teilte der Mutter mit, der Sohn sei zur Adoption freigegeben worden. In

Wirklichkeit aber landete Günter in einem Heim. Versuche der Mutter, Günter wieder zu sich zu holen oder zumindest Kontakt zu ihm herzustellen, wehrte das Jugendamt ab mit der Begründung, sie wäre nicht fä-

hig, den Jungen aufzuziehen. Mit diesem vernichtenden Urteil begann für Günter ein Martyrium, an dessen Folgen er sein ganzes Leben lang zu tragen haben würde. Ein Verdikt, das über Günter im Heim ausgesprochen wurde und das für ihn lebensverändernde Konsequenzen haben sollte, war seine Kategorisierung als „bildungsunfähiges“ Kind. Im Buch schildert er an unzähligen Stellen die überzogenen und gewaltvollen Disziplinarmaßnahmen, die er durch das Personal der Heime erleiden musste. Zu diesen Disziplinar- oder besser: Unterdrückungsmaßnahmen gehörte ab dem Alter von fünf Jahren auch die unfreiwillige Behandlung mit Psychopharmaka und Neuroleptika, unter anderem solchen von BAYER.

„Anstaltspackungen“

„Günter, jetzt schluck das mal!“ – so beschreibt Günter Wulf im Kapitel „Medikamente für Schweine – und Kinder“ den Ablauf der Medikamenten-Gabe durch den Heimarzt. Worum es sich bei diesen Pillen handelt weiß der Junge zu diesem Zeitpunkt noch nicht. Der Arzt verrät es ihm auch auf Nachfrage nicht. Einer äußert allerdings eine Vermutung, die sich später als korrekt herausstellen sollte: dass es sich um das Verhalten beeinflussende Tabletten handelt. Erst sehr viel später erlangt Günter Kenntnisse darüber. Ihm wurde Haloperidol verabreicht. Später kam MEGAPHEN von BAYER hinzu. Der Konzern hatte mit den Heimen lukrative Verträge abgeschlossen, um das Neuroleptikum mit dem Wirkstoff Chlorpromazin zunächst an den minderjährigen ProbandInnen zu testen. Nach einer Weile verkaufte der Leverkusener Multi den Heimen dann so genannte Anstaltspackungen für den Großeinsatz zur Sedierung der Kinder. Günter schreibt über Chlorpromazin: „Dieses Medikament wurde als Meilenstein in der Geschichte der modernen Psychiatrie gefeiert, doch bevor man das tun konnte, musste es erstmal erprobt werden (...) Weil es sedierend wirkte, wurde beispielsweise in den USA eine große Studie mit Chlorpromazin durchgeführt, genau in dem Jahr, in dem es im Kinderheim Vorwerk schon zum Einsatz kam – um uns ruhigzustellen. Erst seit Mitte der Achtziger Jahre wird MEGAPHEN in Deutschland nicht mehr verschrieben, zuletzt wurde das Präparat als Tiermedikament eingesetzt, um Schweine zu beschwichtigen. Der *Spiegel* schrieb am 3. August 1992, dass die Arznei die Schweine beruhige, aber die Bauern krank mache – Chlorpro-



Im Leverkusener BAYER-Archiv: Eckhard Kowalke, Franz Wagle, Klaus Scheperker und Günter Wulf

mazin verursacht bei Hautkontakt nämlich eine schwere Lichtallergie. Genau dieses Medikament wurde nun an Fünfjährigen getestet!“

Im Jahr 1964 wird Günter bereits mit der doppelten Dosis MEGAPHEN sediert. Nachdem er bei der Heimaufsicht abermals in Ungnade fiel, wurde er von dieser mit einer eiskalten Dusche malträtiert. In Folge dieser Misshandlung wird die Medikamenten-Dosis nochmals erhöht, hinzu kommt noch das Schlafmittel LUMINAL, zu diesem Zeitpunkt ebenfalls ein BAYER-Produkt.

Günter beantwortet in seiner Biographie die Frage, warum ihm all diese Mittel verabreicht wurden, selber: „Die Antwort liegt auf der Hand: um ihre Wirkung zu testen.“ Er beschreibt auch die Testpraxis bei ihm und seinen Freunden, die ihm willkürlich erschien: „So versuchte man dieses und jenes, ständig wurde Medikation und auch Dosis geändert. In meiner Akte stand immer nur das Datum, an dem ein neuer Test vorgenommen wurde.“ Überzeugend spannt Günter den Bogen zu einer medizinischen Praxis, die noch zutiefst von der menschenverachtenden Ideologien des nationalsozialistischen Deutschland geprägt war. „Was in der Nazizeit in Heimen und psychiatrischen Einrichtungen gang und gäbe war, wurde in der jungen Bundesrepublik bis in die Siebzigerjahre hinein fortgesetzt. (...) Zwar wurde immer wieder von einer erfolgreichen Entnazifizierung gesprochen – doch wenn ich mein Leben so betrachte, kann ich dem nicht zu-

stimmen. Wie wir Heimkinder behandelt und ‚therapiert‘ wurden, das hatte nichts mit einer geglückten Entnazifizierung zu tun.“

Die Gewalterfahrungen, die das ehemalige Heimkind in seinem Buch eindringlich schildert, sind bedrückend und machen die Lektüre teilweise schwer erträglich. Gerade deswegen hat das Werk einen besonderen Wert: Als Weckruf, der sein selbstgestecktes Ziel zu 100 Prozent erreicht: Als warnendes Beispiel zu dienen, damit sich Verbrechen wie die an Günter begangenen niemals wiederholen können.

Die NRW-Studie

Um Aufarbeitung der Misshandlungen und Zwangsmedikationen bemühen sich, nach Jahrzehnten beharrlicher Arbeit durch die ehemaligen Heimkinder selber, nun endlich auch staatliche Stellen. Am 4. Juli 2022 gab das Land Nordrhein-Westfalen bekannt, dass das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales eine Untersuchung in Auftrag gegeben habe, um den missbräuchlichen Arznei-Einsatz bei Kindern und Jugendlichen bis 1980 aufzuarbeiten. Die Studie untersucht laut einer Pressemitteilung des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales die Medikamententests in Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe, der Behindertenhilfe und der Psychiatrie von der Gründung des Bundeslandes im Jahr 1946 bis zum Jahr 1980. Den Auftrag zu forschen erhielt eine Gruppe von ForscherInnen verschiedener Hochschulen unter Leitung von Prof.



Franz Wagle am 11. September 2020 im Gespräch mit dem damaligen FDP-Landtagsabgeordneten Rainer Matheisen bei einer Protest-Kundgebung der 1. COMMUNITY EHEMALIGE HEIMKINDER IN NÖRDRHEIN-WESTFALEN vor dem Düsseldorfer Landtag

Dr. Heiner Fangerau vom „Institut für Geschichte, Theorie und Ethik der Medizin“ der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf. Nordrhein-Westfalen lässt sich die Studie 430.000 Euro kosten. Ergebnisse sollen in zwei Jahren vorliegen. Ob Betroffene dann Entschädigungen erhalten,

bleibt unklar. Aber Pharma-Giganten wie BAYER, welche die Pillen zur Ruhigstellung der Kinder und Jugendlichen lieferten, sollen erklärterweise unter die Lupe genommen werden. „Das Forscher-Team will dazu beispielsweise in Archiven von Einrichtungsträgern und arzneimittel-

produzierenden Unternehmen recherchieren“, heißt es in der Mitteilung des Ministeriums.

Ob die Unternehmen kooperieren, steht unterdessen auf einem anderen Blatt. BAYER hatte die Geschädigten erst auf erheblichen öffentlichen Druck hin in das Firmen-Archiv gelassen. Nachdem die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) auf der Hauptversammlung 2019 gleich drei Beiträge ehemaliger Heimkinder organisiert hatte und als Experte zudem Dr. Klaus Schepker von der Universität Ulm sprach, reagierte das Publikum sichtbar schockiert. AktionärInnen sprachen die Redner Franz Wagle, Günter Wulf und Eckhard Kowalke direkt vor Ort an und ließen sich ihre Geschichte erzählen. Der Vorstand witterte ein PR-Desaster und bot den dreien noch auf der HV selbst an, ihnen das Archiv zu öffnen. Und dies, obwohl der Vorstandsvorsitzende Werner Baumann an dem Tag in seinen Einlassungen zum Thema jegliche Verantwortung des BAYER-Konzerns komplett bestritten hatte. Die Heimkinder nahmen an und wurden fündig: Die Verwicklung des BAYER-Konzerns in die Medikamentenversuche konnten dank zutage geförderter Akten nochmals belegt werden. Und

graswurzel revolution



Seit 1972 erscheint die graswurzelrevolution und kommentiert die aktuelle Politik und Kultur aus gewaltfrei-anarchistischer Sicht.

Sie berichtet über:

- Direkte gewaltfreie Aktionen
- Gewaltfreie und anarchistische Bewegungen in anderen Ländern
- Theoretiker*innen des Anarchismus und der Gewaltfreiheit
- Befreiung im Alltag

Jahresabo / Geschenkabo: 45 € (10 Ausgaben)

Schnupperabo: 9 € (12 € Ausland, 3 Ausg., bitte Vorkasse)

Auslandsabo: 55 € / Förderabo: 68 €

PDF-Abo: 38 €

Bequem bestellen:

graswurzel.net / abo@graswurzel.net

Abos verlängern sich automatisch. Sie können jederzeit gekündigt werden. Geschenkabos verlängern sich nicht automatisch. Ein Schnupperabo verlängert sich ohne Kündigung zum Jahresabo. Kündigung jederzeit möglich.

Günter Wulf erfuhr nun auch endlich, was er in seiner Kindheit und Jugend alles geschluckt hatte. Das Geschäftsmodell des Leverkusener Multis erschloss sich aus den Dokumenten. Der Konzern hatte vom Leid der Heimkinder doppelt profitiert: Erst nutzte sie diese als Versuchskaninchen, dann lieferte er den Heimen Großpackungen mit den Medikamenten.

Der Brief an BAYER

Kürzlich ist nun abermals Bewegung in das zähe Ringen um Anerkennung und Entschädigung gekommen: Der VEREIN DER EHEMALIGEN HEIMKINDER IN SCHLESWIG-HOLSTEIN hat am 30.11.2022 einen Offenen Brief an den BAYER-Chef Werner Baumann geschrieben. Darin fordern die Ex-Heimkinder den Vorstandsvorsitzenden auf, sich den immensen gesundheitlichen Schäden zu stellen, welche ihnen die Arznei-Tests zufügten: „Helfen Sie uns, unser erlittenes Leid aufgrund ihrer Mitverantwortung in der Vergangenheit aufzuarbeiten, damit wir unsere eigene Geschichte und unser Schicksal verstehen.“

In dem Brief beschreibt Franz Wagle, der Vorsitzende des Vereins, wie Werner Baumann 2019 auf der Hauptversammlung zunächst eine Beteiligung BAYERs an den

Medikamenten-Versuchen verneint hatte. Wegen des starken öffentlichen Drucks, den die VertreterInnen der Heimkinder mit Hilfe der CBG erzeugen konnten, war der Konzern allerdings gezwungen zu reagieren. Die Tests waren nicht nur ethisch fragwürdig, sie bewegten sich auch rechtlich in einer Grauzone, halten Wagle und seine MitstreiterInnen fest. Sie arbeiten klar heraus, dass die Erprobungen möglich blieben, weil BAYER & Co. erhebliche Lobby-Anstrengungen unternahmen, um strengere Vorschriften zu unterbinden. Damit schafften die Firmen es, dass die Versuche an Menschen bis zum Arzneimittelgesetz von 1976 (in Kraft ab 1978) keinen staatlichen Regelungen unterlagen. Dies ging erheblich zu Lasten der PatientInnen, unter anderem der ehemaligen Heimkinder, deren Martyrium nun erheblich länger andauerte.

Sie klagen in ihrem Brief an: „Sie, die Medikamenten-Industrie, haben also Ihre neuen Medikamente in den Landes- und Universitätskliniken und den Behinderten-Einrichtungen in Zusammenarbeit mit den Ärzten getestet, Psychopharmaka gezielt für psychiatrische Anstalten und Behinderten-Einrichtungen angepriesen mit Vertriebsstrategien, dazu viele Millionen

DM durch die Dauersedierung in Heimen und Anstalten eingenommen und uns die Ausbildungschancen durch die Dauersedierung zerstört und einige von uns dauerhaften Schäden ausgesetzt.“

Auf den Brief der Heimkinder hat bisher weder der Konzern-Chef noch ein anderes Organ des Unternehmens geantwortet. Und ob die Geschädigten auf die Kieler Landesregierung hoffen dürfen, steht auch in Frage. CDU und Grüne bekunden in ihrem Koalitionsvertrag zwar: „Wir werden in unserer Arbeit dem erfahrenen Leid und Unrecht früherer Heimkinder weiterhin Aufmerksamkeit widmen“, wollen aber die Einrichtung einer Landesstiftung, an der sich alle für das Leid und Unrecht Verantwortliche beteiligen, lediglich „prüfen“. Diese Vokabel fällt in solchen Vereinbarungen immer, wenn sich die Parteien auf etwas – in diesem Fall die Schaffung eines Fonds – nicht einigen konnten. Fortschritte in der Sache müssen Aktionen und Proteste erzwingen, die Öffentlichkeit für das Anliegen der ehemaligen Heimkinder schaffen. Die COORDINATION GEGEN BAYER GEFAHREN wird das nach Kräften unterstützen. Die nächste Gelegenheit dazu bietet die BAYER-Hauptversammlung am 28. April. ←



**Aufklärung
statt Propaganda**

**75 Ausgaben
für 75 Euro***

*** Aktionsabo endet automatisch,
muss nicht abbestellt werden.**



Jetzt bestellen: jungewelt.de/aktionsabo • 0 30/53 63 55-80 • abo@jungewelt.de

Enttäuschender Chemie-Tarifabschluss

Kein Inflationsausgleich



IG-BCE-Verhandlungsführer Ralf Sikorski, IG-BCE-Chef Michael Vassiliadis, Chemieverbandspräsident Kai Beckmann und Chemieverbandsverhandlungsführer Hans Oberschulte

Die Ergebnisse der Entgelt-Verhandlungen in der Chemie-Industrie fallen enttäuschend aus. Dementsprechend kommt viel Beifall von der falschen Seite für die „verantwortungsvolle Tarif-Politik“.

„So funktioniert Sozialpartnerschaft“, lobte die wirtschaftsnahe *Frankfurter Allgemeine Zeitung* den Tarif-Abschluss in der Chemie-Industrie. Und die Rheinische Post stimmte ein. Eine „verantwortungsvolle Tarif-Politik in der Krise“ attestierte die Zeitung der IG Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE). Die „moderate Lohn-Erhöhung lässt den Chemie-Betrieben Luft zum Atmen“, konstatierte das Blatt. Dabei haben die meisten Unternehmen der Branche die Lungen voll: Der BAYER-Konzern etwa gab im November für das 3. Quartal 2022 eine Umsatz-Steigerung von 15,3

Prozent gegenüber dem Vorjahres-Wert bekannt. Konkret erbrachte die „verantwortungsvolle Tarif-Politik“ in der Krise“ einen Tarif-Vertrag mit einer 20-monatigen Laufzeit, der ab Januar 2023 ein Entgelt-Zuwachs von 3,25 Prozent vorsieht und ab Januar 2024 einen weiteren Aufschlag von 3,25 Prozent. Zudem erhalten die Beschäftigten, ebenfalls in zwei Tranchen, eine Einmal-Zahlung von insgesamt 3.000 Euro. Auf diesen – von Steuern und Abgaben befreiten – Beitrag hatten sich Bundesregierung, Arbeitgeber und „Deutscher Gewerkschaftsbund“ Mitte Septem-

ber in einer konzertierten Aktion verständigt. Und bereits seit dem Frühjahr steht ein Paket, das eine Erhöhung der Nachtarbeitszuschläge von 15 auf 20 Prozent des Stundenlohns, einige Maßnahmen zur Förderung der Auszubildenden und eine Flexibilisierung der Altersfreizeiten umfasst.

Insgesamt 6,5 Prozent mehr und dazu noch 3.000 Euro „Inflationsausgleichsprämie“ – das hört sich zunächst einmal nicht schlecht an, Aber bei näherer Betrachtung fällt die Bilanz nüchterner aus. So fließt etwa von der Pauschale kein Geld in die

Renten- und Krankenversicherungskasse. Zudem geht das Geld nicht in die Lohnsumme ein, die die Basis für die kommenden Tarif-Verhandlungen bildet, was etwaige Entgelt-Anstiege dann entsprechend kleiner ausfallen lässt. Das muss auch die FAZ einräumen, die Zeitung erweist sich jedoch als findig bei der Suche nach angeblich guten Gründen dafür. „Die sogenannte tabellen-wirksame Tarif-Erhöhung bleibt mit 6,5 Prozent zwar ein sichtbares Stück hinter der aktuellen Teuerung zurück. Das hilft aber den Betrieben bei der Standort- und Arbeitsplatz-Sicherung.“

Dieses Hinterherhinken war ganz unverhohlen auch Sinn und Zweck der konzentrierten 3.000-Euro-Aktion. Mit ihr wollten Bund und „Sozialpartner“ nämlich das Gespenst der Lohn/Preis-Spirale verjagen, das in Inflationszeiten stets umhergeistert. Nicht nur deshalb jedoch kommt der Tabellen-Lohn nicht recht vom Fleck. Für zusätzliche Bremseffekte sorgt die lange Laufzeit des Vertrages. Damit nicht genug, räumt er BAYER & Co. zusätzlich noch die Möglichkeit ein, die Anhebungen bei etwaigen ökonomischen Problemen per Betriebsvereinbarungen um bis zu drei Monate zu verschieben. Und diese wirtschaftlichen Schwierigkeiten fangen für die Firmen schon da an, wo die Umsatz-Rendite unter 3,1 Prozent fällt. Nicht ganz ohne ist auch das Übereinkommen über die Altersfreizeiten-Flexibilisierung. Mit ihm weicht nämlich ein tarifvertraglich abgesicherter Anspruch einer individuellen Abmachung zwischen Unternehmen und Beschäftigtem, wie die Zeitschrift SoZ kritisierte.

IG BCE zufrieden

Trotz alledem bewertete der stellvertretende Vorsitzende der IG BCE, Ralf Sikorski, den Abschluss positiv. „Die Menschen profitieren vom attraktiven

WIR PLUS X #CHEMIE22

FORDERUNGSBESCHLUSS

- ☒ KAUFKRAFT STEIGERN:
ERHÖHUNG DER ENTGELTE UND AUSBILDUNGSVERGÜTUNGEN
- ☒ ERHÖHUNG DER NACHTZUSCHLÄGE AUF EINHEITLICH 25 PROZENT
- ☒ ZUKUNFTSCHANZEN JUNGER MENSCHEN VERBESSERN
- ☒ SCHUTZ FÜR UNSERE MITGLIEDER IN DER TRANSFORMATION UND GUTE MOBILE ARBEIT

„Brutto-für-Netto“-Angebot der Bundesregierung genauso wie von der höchsten Tarifierhöhung in der Chemie seit mehr als 30 Jahren“, preist er das Resultat der um eine Politikpartnerschaft erweiterten Sozialpartnerschaft. BASF-Personalchef Hans Oberschulte, der für den „Bundesarbeitgeberverband Chemie“ (BAVC) die Verhandlungen leitete, sprach derweil von einem „ausgewogenen Abschluss, der Firmen Planungssicherheit gibt“. Der BAVC-Präsident Kai Beckmann zeigte sich ebenfalls zufrieden. „Mit diesem Ergebnis halten wir die Balance zwischen der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und den Interessen unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter“, bekundete er.

Die Verhandlungen in der Metall- und Elektroindustrie erbrachten etwas mehr. Eine Tarif-Erhöhung von 8,5 Prozent – zahlbar in zwei Tranchen von 5,2 Prozent ab 2023 und 3,3 Prozent ab 2024 – bei einer Laufzeit von 24 Monaten plus 3.000 Euro Inflationsausgleichsprämie kam heraus. Der FAZ war das schon zu viel. „Ein Tarif-Abschluss auf Kredit“ lautete ihr Kommentar. Als „mindestens mutig“ bezeichnete die Zeitung die Einigung, obwohl MERCEDES BENZ im 3. Quartal des

Jahres einen operativen Gewinn von 5,2 Milliarden Euro einfuhr und VW einen von 4,3 Milliarden Euro. Die *Rheinische Post* zeigte sich hingegen zufriedener: „Die IG Metall hat Wort gehalten und die Preis-Lohn-Spirale nicht angeheizt“. Sie freute sich über nun schon zwei „verantwortungsvolle Abschlüsse in der Doppelkrise“. Aber eine Sorge blieb: „Man kann nur hoffen, dass Verdi sich in künftigen Runden ähnlich verhält.“

Zum Glück sieht das erst einmal nicht so aus: Irene Golz, Verdi-Verhandlungsführerin in den Gesprächen mit den baden-württembergischen Uni-Kliniken, lehnt die 3.000-Euro-Prämien als Ersatz für lineare Entgelt-Steigerung ab. „Das ist sehr unglücklich, weil die Arbeitgeber sehenden Auges die Reallöhne kaputtmachen“, erklärte sie der *jungen Welt* gegenüber: „Für uns macht das nur als zusätzliche Entlastung Sinn.“ Und in die Tarif-Auseinandersetzungen mit der DEUTSCHEN POST startete die Gewerkschaft mit einer Forderung von 15 Prozent mehr Lohn. „Unsere Mitglieder erwarten den Inflationsausgleich und darüber hinaus eine Beteiligung am Unternehmenserfolg“, so Verhandlungsführerin Andrea Kocsis. ←



SoZ Sozialistische Zeitung

Monatlich mit 24 Seiten Berichten und Analysen zum alltäglichen kapitalistischen Irrsinn und den Perspektiven linker Opposition

In der letzten Ausgabe: Paradigmenwechsel? Londoner City revoltiert gegen Steuersenkungen für Reiche · Im Gespräch: Andreas Malm, »Sabotage ist gerechtfertigt« · Ukraine: ein Klassenkrieg um das Überleben der Oligarchenherrschaft u. v. a.

Probeausgabe kostenlos

Probeabo (3 Ausgaben) gegen 10-Euro-Schein (keine automatische Verlängerung)

Bestellung an: SoZ · Regentenstr. 57-59 · 51063 Köln

Telefon (0221) 9 23 11 96 · redaktion@soz-verlag.de · www.sozonline.de

130 Jahre Pestizide

BAYERs Giftschränk



Foto: BAYER

BAYERs Agrochemie-Zentrum in Monheim

Der Leverkusener Multi produziert bereits seit über 100 Jahren Agro-Chemikalien und setzt alles daran, diese unheilvolle Tradition fortzusetzen – allen Risiken und Nebenwirkungen zum Trotz.

Von Jan Pehrke

Mit der Fabrikation von Farbstoffen begann die Geschichte der deutschen Chemie-Industrie. Dem BAYER-Konzern jedoch gelang es schon recht bald nach seinem Start im Jahr 1863, „der Landwirtschaft mit Forschungsergebnissen aus der Chemie zu helfen.“ 1892 brachte er mit ANTINONNIN das erste synthetische Anti-Insektenmittel heraus, ein Mittel gegen die Nonnen-Raupe. 1915 folgte das Saatgut-Beizmittel USPULON. Vier Jahre später kamen die Insektizide CERTAN und VENETAN auf den Markt, 1920 das Fungizid SOLBAR. Im selben Jahr baute das Unternehmen dann eine eigene Landwirtschaftsabteilung auf, und 1924 nahm in

Leverkusen das „Biologische Institut der Pflanzenschutz-Versuchsabteilung“ seine Arbeit auf.

Der nächste Entwicklungsschub erfolgte erst in den 1940er Jahren und musste einen teuflischen Umweg nehmen. Der Chemiker Gerhard Schrader experimentierte mit einer Kombination aus Phosphor-Verbindungen und Zyanid, um ein Mittel gegen Insekten zu entwickeln, aber der Gift-Mix erwies sich als zu stark. Der Multi jedoch stoppte das Projekt nicht etwa, sondern suchte nach einer anderen Verwertungsmöglichkeit – und fand sie schließlich auch. Er diente die Labor-Erzeugnisse den Nazis als Chemie-Waffen

an. Unter den Bezeichnungen Tabun und Sarin erlangten sie traurige Berühmtheit. Schrader aber ließ nicht locker und schaffte es dann schließlich doch noch, die Phosphor-Bestandteile zu zähmen und einen Pestizid-Wirkstoff zu synthetisieren: Parathion, später bekannt geworden als E 605.

Die globale Nr. 2

Sein Wissen über die „Double Use“-Eigenschaften von Chemikalien ersparte Schrader nach 1945 eine Anklage bei den Nürnberger Kriegsverbrecher-Prozessen. Die US-Army wollte von den Erkenntnissen des BAYER-Forschers profitieren und

nahm ihn mit in die Vereinigten Staaten, wo er im „Chemical Corps“ des Militärs wirkte. In den 1950er Jahren kehrte Schrader nach Deutschland – und zu seinem alten Arbeitgeber zurück, der nach der halbherzigen Zerschlagung der IG Farben bald schon wieder zur alten Größe zurückgefunden hatte. Verlässlich gehörte BAYER zu den Top 10 der Agrar-Konzerne. Einen entscheidenden Einschnitt nahm der Multi bald nach der Jahrtausendwende vor. Im Jahr 2003 sicherte er sich mit dem Erwerb der Landwirtschaftssparte von AVENTIS den Zugriff auf gentechnisch veränderte Pflanzen. Das erlaubte es ihm, seine Ackergifte in Kombination mit den Gen-Konstrukten zu vermarkten. Durch das Schlucken mehrere Saatgut-Firmen und vor allem dem Erwerb von MONSANTO im Jahr 2018 wuchsen diese Möglichkeiten noch einmal beträchtlich. Die Transaktion machte den Konzern zwischenzeitlich sogar zur globalen Nr. 1 im Agro-Business. Aber durch Auflagen der Kartellbehörden musste er sich von einigen Geschäften trennen, sodass das Unternehmen heute hinter SYNGENTA die Position 2 einnimmt.

Seit dem Mega-Deal hat es nur noch kleinere Veränderungen gegeben. Der Leverkusener Multi trennte sich 2022 von der Sektion „Environmental Science“ mit den Pestiziden für nicht-landwirtschaftliche Bereiche wie Forstwirtschaft, öffentliche Grünanlagen, Golfplätze und Gleis-Anlagen und kaufte das Start-Up TARGENOMIX, das an Herbiziden auf molekularbiologischer Basis arbeitet.

Im Jahr 2021 betrug der Umsatz seines Agrar-Ressorts 20 Milliarden Euro. 8,7 Milliarden davon entfielen auf die USA und 5,1 Milliarden auf Lateinamerika. An der Spitze der Verkaufsliste standen jeweils Kombi-Packs aus Pestiziden wie Glyphosat und Genpflanzen mit eingebauten Resistenzen gegen diese Mittel. Solche Komplett-Pakete sind in den Ländern, die gentechnisch veränderte Organismen zulassen, das Erfolgsmodell der Branche.

Topseller Glyphosat

Die Agrochemie-Sparte allein genommen, brachten die Herbizide mit 5,3 Milliarden Euro am meisten ein, Fungizide erlösten 2,9 Milliarden und Insektizide 1,4 Milliarden. „Bei den Herbiziden stieg der Umsatz aufgrund von Preissteigerungen, insbesondere bei unseren glyphosat-haltigen Produkten in allen Regionen“, merkt der Geschäftsbericht dazu erfreut an. Das Produkt zählt zu den erfolgreichsten

Erzeugnissen der Aktiengesellschaft, lediglich zwei Arzneien bringen noch mehr ein, aber auch zu den umstrittensten. Seit die Weltgesundheitsorganisation das Ackergift im Jahr 2015 als „wahrscheinlich krebserregend“ eingestuft hat, liefen vor den US-amerikanischen Gerichten fast 150.000 Klagen von Geschädigten auf. Dabei ist das Pestizid beileibe nicht das einzige BAYER-Mittel, das sich Anfechtungen wegen der Gefährdung von Mensch, Tier und Umwelt ausgesetzt sieht. Nach einer Erhebung von *Public Eye* aus dem Jahr 2020 gehören 36,7 Prozent des Sortiments zu den hochgefährlichen Pestiziden, den Highly Hazardous Pesticides (HHPs).

Selbst wenn diese Substanzen innerhalb der Europäischen Union wegen ihres Risiko-Potenzials keine Zulassung (mehr) haben, vermarktet der Global Player sie in anderen Regionen der Welt ohne Rücksicht auf Verluste weiter. Auch aus deutschen Landen exportiert der Agro-Riese sie. So stellt er etwa Clothianidin und Probinex in Dormagen her und produziert Indaziflam und Ethoxysulfuron in Frankfurt. Nach einer Studie von INKOTA und MISEREOR vertreibt der Leverkusener Multi allein in Brasilien rund ein Dutzend Pestizide ohne EU-Genehmigung. Zudem betätigt er sich dort als Zulieferer und verkauft Wirkstoffe wie Fenamiphos an andere Unternehmen. Und in Südafrika hat BAYER der Untersuchung zufolge sieben Agro-Chemikalien im Angebot, die in der EU nicht auf die Felder dürfen. Nicht weniger als fünf davon zählen zu den HHPs. Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) prangert diese Praxis der doppelten Standards auf den Hauptversammlungen des Konzerns bereits seit Langem an. Der Vorstand weist diese Kritik jedoch stets zurück. „Allein die Tatsache, dass ein Pflanzenschutzmittel nicht in der EU zugelassen ist, sagt nichts über seine Sicherheit aus und stellt mitnichten einen Doppelstandard dar“, bekundete er der *taz* gegenüber. Andere Länder – andere Sitten heißt es stattdessen: „Aufgrund der unterschiedlichen Klimazonen, Vegetation und Bodenverhältnisse wird für Produkte, die beispielsweise speziell für den Einsatz im asiatischen Raum entwickelt wurden, nicht die Zulassung in Europa beantragt. Außerdem gibt es in tropischen Ländern eine Vielzahl von Krankheiten und Schädlingen, die nur dort vorkommen.“

Extrem-Lobbyismus

Gegen ein Ausfuhr-Verbot von Clothianidin & Co. wehrt sich BAYER genauso wie



BAYER-Werbung von anno dazumal

gegen andere Bestrebungen, den Umgang mit den Mitteln strenger zu regulieren, vehement. Für das Lobbying am Sitz der Europäischen Union in Brüssel beispielsweise gibt der Leverkusener Multi so viel Geld aus wie sonst nur noch APPLE. 6,5 bis 7 Millionen Euro investierte er dort 2021 in die Pflege der politischen

GRÜNE LIGA Netzwerk
Ökologischer
Bewegungen

DER RABE RALF

Die Berliner Umweltzeitung

**Unkonventionelles und Hintergründiges aus der vielfältigen Umweltszene
Tipps, Termine & Adressen**

Kostenlos an vielen Berliner
Auslageorten wie Bibliotheken,
Bio- und Umweltsäden
oder für jährlich 25 Euro
per Abo ins Haus.

Kostenlose Probenummer:
DER RABE RALF
Prenzlauer Allee 8, 10405 Berlin
Tel. 030 / 44 33 91-47
raberalf@grueneliga.de
www.raberalf.grueneliga-berlin.de





Made in 1892

Landschaft. Allein die PR-Agentur RUD PEDERSEN erhielt 1,3 Millionen, um für die Glyphosat-Zulassungsverlängerung zu werben. Aber auch der Green Deal im Allgemeinen und die Pestizid-Politik der EU im Besonderen veranlasst den Konzern zu politischen Interventionen. So opponiert er gegen das Vorhaben der Kommission, den Ackergift-Einsatz in den Mitgliedsstaaten bis zum Jahr 2030 um 50 Prozent zu senken. Dabei tut das Unternehmen so, als würde es die Ziele Brüssels eigentlich teilen und lediglich einen anderen Weg

bevorzugen, was aber ein rein taktisches Manöver ist. „Anstatt über die Verringerung der Mengen zu sprechen, müssen wir uns auf die Verringerung der Umweltauswirkungen konzentrieren“, forderte der Konzern bei einer öffentlichen Konsultation. Sogar mit einer konkreten Zahl konnte der Gen-Gigant bei einem Meeting mit der Generaldirektion Gesundheit schon aufwarten. Er erklärte sich zu einer Verminderung der Risiken und Nebenwirkungen um 30 Prozent bereit. Aber als die Generaldirektion nachhakte und fragte, wie das Unternehmen dies denn genau zu bewerkstelligen gedenke, kamen die ManagerInnen ins Schwimmen: „Das ist noch nicht bekannt.“ Irgendwas mit digitaler Landwirtschaft – viel mehr fiel ihnen dazu nicht ein.

Mit Informationen über das Wetter, die Bodenbeschaffenheit, Pflanzenkrankheiten und Schadinsekten, geliefert von Drohnen, Sensoren und Satelliten-Bildern, will BAYERs „FieldView“ die Ausbringung von Agro-Chemikalien minimieren, so das Werbe-Versprechen. Belastbare Daten über die Einspar-Effekte liegen allerdings nicht vor. Daneben arbeitet der Konzern noch an Gentech-Pestiziden auf Basis der RNAi-Interferenz, die ein überlebenswich-

tiges Protein von Insekten blockieren und durch eine größere Zielgenauigkeit für weniger Gift auf den Äckern sorgen sollen. Ob das aber funktioniert und ohne die üblichen Risiken und Nebenwirkungen der Risiko-Technologie abgeht, steht ebenfalls dahin.

Realistischere Möglichkeiten, Glyphosat & Co. vom Acker zu vertreiben, bieten stattdessen BAYER-Mittel wie REQUIEM, dessen Wirk-Mechanismus auf einem biologischen statt auf einem chemischen Wirk-Prinzip beruht. Der Inhaltsstoff Terpenoid ist einer Substanz nachgebildet, mit der sich die Pflanze Epazote, bekannt auch als Mexikanischer Drüsengänsefuß, gegen Insekten wehrt. Mit dem Antiwurmmittel BIOACT, dem Antipilzmittel CONTANS und Stimulanzien wie BAYFOLAN vertreibt das Unternehmen noch weitere Biologika, aber allzu Großes hat es mit den Produkten nicht vor. Als Alternative zu den chemischen Keulen will der Konzern REQUIEM & Co. nicht aufbauen, er versteht sie lediglich als Komplementär-Angebot. Die „beste Kombination aus chemischen und biologischen Produkten“ strebt er an. Die Gift-Tradition, die in Leverkusen jetzt bereits 130 Jahre währt, wird so schnell also nicht abreißen. ←

Halten Sie Menschenrechte und Umweltschutz für Standortnachteile, die beseitigt werden müssen? Dann werden Sie in Ossietzky keine Bestätigung finden.

Der Kapitalismus hat keinen Respekt vor Grenzpfählen, Landesfarben und nationalen Ideologien. Vor letztern am wenigsten, denn er bezahlt ja meistens ihre Erfinder.

Carl von Ossietzky in
Die Weltbühne,
17. Februar 1931

alle zwei Wochen neu



Halten Sie globale Verantwortung für einen militärischen Auftrag, den die Bundeswehr zu erfüllen hat? Dann wird Ihnen Ossietzky nicht zusagen.

Diese geistige Militarisierung, der fast alle Parteien hemmungslos unterliegen, ist unsittlich, verabscheuenswert und infam. Sie wird ihre blutigen Früchte tragen – und auch das nächste Mal wird niemand, niemand schuld sein.

Kurt Tucholsky 1927

Ossietzky Verlag GmbH
Siedendolsleben 3
29413 Dähre
Telefon: 039031.950 596

Glauben Sie daran, dass Löhne gesenkt und Arbeitszeiten verlängert werden müssen, damit die Unternehmer viele neue Arbeitsplätze schaffen? Wenn Sie diesen Glauben nicht verlieren wollen, dürfen Sie keinesfalls Ossietzky lesen.

Wenn schon gespart werden soll, dann möge man bei Militär und Marine anfangen, anstatt deren weitere Hypertrophie auf Kosten des Sozialerats zu dulden.

Carl von Ossietzky in
Die Weltbühne,
17. Dezember 1929

www.ossietzky.net

BAYERs risikoreiches Langzeit-Verhütungsmittel

ESSURE auf der Anklagebank



Simone Burford, eine der Sammelklägerinnen

In Australien haben hunderte ESSURE-Geschädigte eine Sammelklage gegen BAYER eingereicht.

Von Jan Pehrke

„Du fühlst dich, als würdest du sterben, als würdest du von innen heraus sterben“, so beschreibt Simone Burford ihre Erfahrungen mit BAYERs Langzeit-Verhütungsmittel ESSURE. Die Mutter dreier Kinder erlitt eine Gesichtslähmung, bekam Ausschlag an Händen und Füßen sowie Magen-Probleme. Damit nicht genug, fielen ihr die Haare gleich büschelweise aus. Darum hat die Australierin gemeinsam mit hunderten Leidensgenossinnen eine Sammelklage gegen den Konzern eingereicht. Die Frauen machen die kleine Spirale für zahlreiche Nebenwirkungen verantwortlich. So bleibt sie allzu oft nicht an seinem Bestimmungsort; stattdessen wandert es im Körper umher und verursacht Risse an den Wänden von Organen, was zu lebensgefährlichen inneren Blutungen führen kann. 94 Todesfälle registrierte allein die US-amerikanische Gesundheitsbehörde FDA. Auch Schmerzen im Unterleib, Depressionen oder Angstzustände, Kopfschmerzen, Übelkeit, Allergien, Hautausschläge und Haarausfall zählen zu den unerwünschten Arznei-Effekten des Mittels.

Unterstützung erhalten die Klägerinnen von der US-amerikanischen Verbraucherschutz-Aktivistin Erin Brockovich, die durch den Hollywood-Film über ihr Engagement zu großer Popularität gelangte. „Ich finde es wirklich bestürzend, wie viel Beharrlichkeit es erfordert, durchzusetzen, dass das Richtige für unsere Gesundheit und unser Wohlergehen geschieht. Also macht weiter!“, sprach sie den Frauen Mut zu. Brockovich hatte bereits den US-amerikanischen ESSURE-Geschädigten den Rücken gestärkt, die BAYER im Jahr 2020 einen 1,6 Milliarden Dollar schweren Vergleich abtrotzten. Geschlossen ist die Akte „ESSURE“ damit in den Vereinigten Staaten allerdings noch nicht. Zusätzlich sieht sich das Unternehmen unter anderem noch in Irland, Holland, England und Brasilien mit Schadensersatz-Ansprüchen konfrontiert. Trotz alledem hält der Global Player noch immer unverbrüchlich zu der Spirale. Er stehe „weiterhin hinter der Sicherheit und Wirksamkeit von ESSURE“, heißt es im aktuellen Geschäftsbericht unter der Rubrik „Rechtliche Risiken“. Ähnliches bekamen die Geschädigten auf den BAY-

ER-Hauptversammlungen immer wieder zu hören.

Inzwischen vertreibt BAYER das Produkt nicht mehr. Nach Verboten und Gebrauchseinschränkungen in einigen Staaten entschloss sich der Konzern zu einer Marktrücknahme. Als Gründe für die Einstellung des Verkaufs führte er jedoch lediglich die „inadäquate und irreführende Berichterstattung über das Mittel“ sowie das abnehmende Interesse für Langzeit-Kontrazeptiva an.

„Der BAYER-Konzern weigert sich stets bis zum bitteren Ende, Gesundheitsschädigungen durch seine Medikamente einzugestehen. Gerade die Sparte „Frauengesundheit“ hat hier traurige Berühmtheit erlangt, nicht nur in Sachen „ESSURE“, sondern auch die Verhütungsmittel MIRENA und YASMIN betreffend. Das Leid der Frauen ignorierte die Aktiengesellschaft dabei immer konsequent. Ihr ging es nur um den Profit“, hieß es in der Presseerklärung der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFÄHREN zu dieser neuerlichen gerichtlichen Auseinandersetzung um ESSURE. ←

Schon die Anfänge des BAYER-Herbizids haben es in sich

Die Glyphosat-Geschichte



Phosphorit-Tagebau in South Idaho

Wenn das Glyphosat BAYERS Fabrik im US-amerikanischen Luling verlässt und als ROUNDUP in seinen Lebenszyklus als Produkt eintritt, hat es schon gezeigt, was ihm ihm steckt, denn bereits der Herstellungsprozess belastet Mensch, Tier und Umwelt massiv.

Von Jan Pehrke

Die Geschichte von Glyphosat beginnt im Südosten des US-amerikanischen Bundesstaates Idaho. In der dortigen Erde schlummert nämlich Phosphorit, ein Vorprodukt von Glyphosat. Bayers Tochter-Gesellschaft P4 PRODUCTIONS fördert das Sediment-Gestein im Tagebau – und sorgt damit bereits für den ersten Eintrag in der Schadensbilanz des Herbizids. „Von der Wiege bis zur Bahre ist Glyphosat ein hochproblematischer Stoff“, sagt deshalb die Umwelt-Aktivistin Hannah Connor von

der US-amerikanischen Initiative CENTER FOR BIOLOGICAL DIVERSITY.

So enthalten die Mineralgemenge etwa Selen, Uranium, Thorium und andere radioaktive Schwermetalle nebst ihrer Abbau-Produkte. Gespenstische, surreale Szenen spielen sich rund um die Minen ab, wie der Umwelthistoriker Bart Elmore im Magazin *Dissent* berichtete. „Ich stand gegen neun Uhr abends hinter einem Stacheldrahtzaun und beobachtete, wie Lastwagen geschmolzene rote Haufen ra-

dioaktiver Abfälle über den Rand dessen kippten, was sich schnell zu einem Abfallberg entwickelte. Diese Verklappung erfolgte etwa alle fünfzehn Minuten und erhellte den Nachthimmel. Nur ein paar Dutzend Meter entfernt auf einer Wiese weideten Pferde, erglühend in den Strahlen, die von dem lava-ähnlichen Schlamm ausgingen. Und in der Ferne wogte die Gerste für unser Budweiser-Bier“, schrieb der Wissenschaftler.

Vom Phosphorit . . .

Der Umgang mit den radioaktiven Stoffen verursachte bei zahlreichen ArbeiterInnen von P4 PRODUCTIONS Krebs. Aber die verheerende Wirkung der Substanzen beschränkt sich nicht auf die Minen selbst. Sie geht weit darüber hinaus. Selen etwa wiesen ForscherInnen überall im Umkreis des Tagebaus nach. Sowohl im Boden als auch in Pflanzen und in Gewässern wie dem Blackfoot-River fanden sich Spuren. Sogar das Grundwasser ist verseucht. Über das Minen-Wasser, die ausgebagerten Schichten und andere Quellen gelangt die Substanz ins Freie. Das bleibt nicht ohne Folgen: Bei vielen Tieren in der Region zeigen sich Krankheitssymptome. Sie lahmen, magern ab und verlieren ihre Haare. Nicht wenige sterben den Strahlentod. Nach Angaben des US-amerikanischen Rechnungshofs verendeten im Zeitraum zwischen 1996 und 2012 600 Pferde, Rinder und Schafe, nachdem sie über Pflanzen oder Wasser Selen aufgenommen hatten.

Es geraten von den Minen aus aber nicht nur radioaktive Schwermetalle in die Umwelt. Das Grubenwasser birgt zusätzlich noch Phosphor, Fluorsilikate sowie andere gesundheitsschädliche „Bodenschätze“. Und auch der aufgewirbelte Staub hat es in sich. Untersuchungen zufolge enthält er beispielsweise Radon-Gas und Fluoride. Nicht umsonst zählt die US-amerikanische Umweltbehörde EPA einen Großteil der Minen zu den „Superfund sites“, zu den Produktionsorten, die besonders viele gefährliche Rückstände produzieren und deshalb einer besonderen Kontrolle unterliegen. Überdies müssen die Betreiber Sanierungsmaßnahmen durchführen oder von der EPA durchführen lassen. Mit rund 19 Millionen Dollar schlugen Inspektionen und Reinigungsarbeiten seit 2001 zu Buche, die Hälfte davon haben BAYER & Co. gezahlt.

Bereits seit Anfang des 20. Jahrhunderts findet in Südost-Idaho Phosphorit-Abbau statt. „Phosphate Patch“ wird die Gegend deshalb auch genannt. Das mittlerweile zu BAYER gehörende Unternehmen MONSANTO stieg 1951 ein. Fünf der 20 Minen dort gehören ihm. Vier davon hat es inzwischen leergeäumt, nur eine fünfte gibt noch etwas her. Aber auch da gehen die Vorkommen zur Neige. Deshalb will der Leverkusener Multi neue Reservoirs am Caldwell Canyon erschließen und dafür eine Fläche von 500 Hektar in Beschlag nehmen. 2019 – in der Zeit der Trump-Regierung – winkte das zuständige „Bureau



Im Hintergrund: BAYERs Phosphor-Fabrik in Soda Springs

of Land Management“ (BLM) den entsprechenden Antrag ohne viel Federlesens durch. „Wir wollen die Jobs und wir wollen die Einnahmen aus der Mine“, sagte Jeff Cundick vom BLM zur Begründung: „Wir sprechen hier von einer Milliarden-Industrie.“

Gegen die Genehmigung erhob sich jedoch Protest. Das „Center for Biological Diversity“ reichte gemeinsam mit anderen Initiativen eine Klage ein. Die Gruppen werfen dem „Bureau of Land Management“ vor, bei der Prüfung des Antrages Umweltrichtlinien missachtet zu haben. „Es ist eine Tragödie, dass das BLM einem privaten Akteur erlaubt, öffentliches Land zu nutzen, um Gift zu produzieren“, sagt Hannah Connor zur Begründung: „Dafür ist öffentliches Land nicht da.“ Und Chris Krupp von den WILDEARTH GUARDIANS hält fest: „Die Selen-Konzentration im Blackfoot-River entspricht schon jetzt nicht mehr den Wasserqualitätsstandards von Idaho. Mehr Selen in fragilen Ökosystemen ist das Letzte, was die Region braucht.“

Die 6.000 IndigenInnen der Shoshonen-Bannock-Stämme, die auf dem verminten Gelände von Idaho in einem Reservat leben, wenden sich ebenfalls gegen das Vorhaben. Ein alter Vertrag von 1868 erlaubt ihnen zwar, in dem Gebiet ohne Auflagen zu fischen, zu jagen und Pflanzen zu sammeln, das gilt aber nur solange das Land brachliegt. Sobald kapitalkräftige Interessen auftauchen, die es irgendeiner ökonomischen Verwertbarkeit unterziehen wollen, entfallen die angestammten Rechte. Das hat ihre Kreise immer enger werden lassen. „Es gibt zu viel Zerstörung in und rund um unser Reservat, die unsere Lebensweise beeinträchtigt“, klagt deshalb Lee Juan Tyler.

Die Fisch- und Jagdgründe der UreinwohnerInnen zehrten über die Jahre immer mehr aus. Und der Bestand an Pflanzen, die sie unter anderem auch für ihre spirituellen Rituale brauchen, schmolz eben-

falls immer mehr dahin. Insgesamt nahm die Artenvielfalt in der Region stark ab. Die Populationen von Hirschen, Elchen, Grizzly-Bären, Luchsen und Forellen dezimierten sich drastisch. Dafür sorgten nicht nur die Schadstoff-Emissionen, sondern auch die Infrastruktur-Maßnahmen, welche die Erschließung der Minen begleiteten wie Straßen, Eisenbahn-Trassen und Stromleitungen. Von großen Narben, die der Phosphorit-Abbau der Landschaft zufüge, spricht Kelly Wright, die Umweltbeauftragte der IndigenInnen.

Wegen all dieser Risiken und Nebenwirkungen des Tagebaus zogen die Shoshonen-Bannock-Stämme, unterstützt von der EPA, Anfang 2021 gegen P4 PRODUCTIONS vor Gericht und konnten einen Erfolg erringen. Sie erreichten einen Vergleich, welcher der BAYER-Tochter auferlegte, rund um die inzwischen stillgelegte Ballard-Mine eine Fläche von über 200 Hektar zu sanieren. Unter anderem muss der Konzern Trinkwasser-Barrieren bauen und Feuchtgebiete zur Wasser-Reinigung anlegen. Zudem sah er sich gezwungen, mehrere 100.000 Dollar an Entschädigungen zu zahlen sowie mit einer Bürgschaft über 89 Millionen Dollar dafür zu garantieren, dass die Maßnahmen finanzierbar bleiben.

Und das war nicht der erste Prozess, den die Minen-Arbeiten P4 PRODUCTIONS einbrachten. Der erste fand bereits im Jahr 2011, der zweite im Jahr 2015 statt. Beide endeten gleich: Die RichterInnen sprachen das Unternehmen schuldig, Umwelt-Delikte begangen zu haben und verhängten hohe Geld-Strafen.

BAYER aber treibt das Extraktionsgeschäft unermüdlich voran und beteuert, dabei umweltschonend vorzugehen: „Was die Nachhaltigkeit angeht, so hat die Caldwell-Canyon-Mine das Potenzial, die fortschrittlichste und innovativste Mine des Landes zu sein.“ „Beim Abbau möglichst wenig Spuren zu hinterlassen“, gibt der Konzern als sein Ziel aus. Sogar ein

Foto: Edward Stojakovic



Sanierungsarbeiten an der stillgelegten Ballard-Mine

Habitat-Programm in Kooperation mit der „Utah State University“, das Neupflanzungen zur Kompensation der Schäden vorsieht, kündigt er an.

Vor allem aber hebt der Global Player die wirtschaftliche Bedeutung des Abbaus hervor und zählt alle Wohltaten auf, welche damit angeblich einhergehen wie Steuerzahlungen in Millionen-Höhe, die Schulen, Notdiensten, Krankenhäusern und dem Straßenbau zugutekämen. Und nicht zu vergessen die hohen Löhne, die in der Branche gezahlt würden und den Bezirk Caribou trotz seiner ländlichen Struktur zu demjenigen mit den dritthöchsten

Löhnen von allen 44 Bezirken Idahos mache.

... zum Phosphor

Die Weiterverarbeitung des Phosphorits zu Phosphor erfolgt unweit der Minen in Soda Springs, und dort geht dann auch die Schadstoff-Produktion munter weiter. Nicht von ungefähr zählt die EPA diesen Standort ebenfalls zu den „Superfund sites“. 1952, unmittelbar nach dem Einstieg in den Tagebau errichtete MONSANTO am Ort eine Fabrik. Zunächst vermarktete das Unternehmen das Phosphor als Waschmittel-Zusatz, ab 1974 diente es

dann hauptsächlich zur Herstellung von Glyphosat.

Bei der Fertigung fallen so viele gefährliche Substanzen an, weil das Phosphorit das Phosphor nicht so einfach hergibt. Nur unter großer Hitze-Einwirkung und unter massivem Chemikalien-Einsatz lässt es sich erweichen. So muss der Ofen in Soda Springs auf eine Temperatur von rund 1.500 Grad kommen; zudem braucht es starke Säuren wie etwa Schwefel-, Phosphor- oder Salpetersäure, um das Glyphosat-Vorprodukt zu gewinnen.

Schwefelsäure findet sich dann auch nicht zu knapp im Himmel über Soda Springs. 24,7 Tonnen stieß das Werk im Jahr 2021 aus. Aber das ist bei Weitem nicht alles. Insgesamt kam es auf Schadstoff-Emissionen in Höhe von 1.995 Tonnen. Allein Zink war mit 1.141 Tonnen dabei, Cadium mit 113 Tonnen, Blei mit 18, Quecksilber mit 0,5 und Chrom mit 0,2 Tonnen.

Auch die radioaktive Verseuchung setzt sich von Soda Springs aus weiter fort. 28,5 Tonnen Selen gelangten in die Umwelt. Es laufen im Rahmen des „Superfund“-Programms zwar Sanierungsarbeiten, aber laut EPA geht es damit damit langsamer voran als erwartet, so dass die Standards für sauberes Grundwasser „in absehbarer Zeit nicht erreicht werden“.

ROTE HILFE e.V.
Unsere Solidarität gegen ihre Repression!

Spendenkonto:
Rote Hilfe e.V.
Sparkasse Göttingen
IBAN: DE25 2605 0001 0056 0362 39
BIC: NOLADE21GOE

info@rote-hilfe.de ★ www.rote-hilfe.de

Solidarität organisieren
Mitglied werden!

DIE ROTE HILFE erscheint viermal im Jahr und kostet 2 Euro, im Abonnement 10 Euro im Jahr.
 Für Mitglieder der Roten Hilfe e.V. ist der Bezug der Zeitung im Mitgliedsbeitrag inbegriffen.
Gefangene erhalten die Zeitung kostenlos.

Die Rote Hilfe e.V. ist eine parteiunabhängige, strömungsübergreifende linke Schutz- und Solidaritätsorganisation. Die Rote Hilfe organisiert nach ihren Möglichkeiten die Solidarität für alle, unabhängig von Parteizugehörigkeit oder Weltanschauung, die in der Bundesrepublik Deutschland aufgrund ihrer politischen Betätigung verfolgt werden.

Rote Hilfe Zeitung 4/2022: Medien und Repression

Erhältlich auch in gutsortierten Bahnhofsbuchhandlungen

In der Vergangenheit hat MONSANTO sogar noch die Kühnheit besessen, die radioaktive Schlacke, die als Abfall-Produkt der Phosphor-Herstellung entsteht, zu Geld zu machen. Das Unternehmen verkaufte die Überreste als Baumaterial für Häuser und Straßen weiter. Schon in den 1980er Jahren kam das der Umweltbehörde nicht ganz geheuer vor. Deshalb führte sie eine Studie durch. Diese warnte dann vor der Gefahr einer erhöhten Belastung durch Gamma-Strahlen und sagte bei weiterer Nutzung dieser Fertigungsrückstände erhöhte Krebs-Zahlen voraus. MONSANTO protestierte umgehend, die EPA ruderte zurück und gab neue Studien zur Überprüfung des Ergebnisses in Auftrag. In der Zwischenzeit aber schritten der Stadtrat und der Bürgermeister von Soda Springs ein und verboten dem Chemie-Konzern das strahlende Geschäft.

Und dann ist da noch ein Stoff, der in der Schadensbilanz fehlt, obwohl er viel Schaden verursacht: das Kohlendioxid. Rund 500.000 Tonnen CO₂ und andere klimaschädliche Substanzen gingen zuletzt durch die Schornsteine des Werks in Soda Springs oder fielen beim Phosphorit-Tagebau an. Nicht weniger als 16 Prozent der gesamten Treibhausgas-Emissionen von BAYER, die 2021 bei 3,17 Millionen Ton-

nen lagen, brauchte es also, um vor allem den Ofen am Standort mit genug Wärme für die Phosphorit-Einschmelze versorgen zu können.

Im Geschäftsbericht des Leverkusener Multis für das Jahr 2019 stieß die CBG zuerst auf die Spur dieser Glyphosat-Nebenwirkung. „Mit der Übernahme von MONSANTO hat BAYER neben Standorten für die Saatgut-Produktion auch eine Rohstoff-Gewinnung für die Herstellung von Pflanzenschutzmittel-Vorprodukten übernommen, mit der eine energie-intensive Aufbereitung und Weiterverarbeitung verbunden sind“, hieß es dort. Auf der anschließenden Hauptversammlung wollte es die Coordination dann genauer wissen und fragte den Vorstand, um was für eine Rohstoff-Gewinnung es sich dabei handle, und bekam zur Antwort: „Eine Anlage zur Gewinnung von Phosphor in Soda Springs im Bundesstaat Idaho.“ Auf den darauffolgenden Aktionärstreffen hat die CBG den Konzern immer wieder aufgefordert, die Produktion umzustellen, um die Gefahren für Mensch, Tier und Umwelt zu reduzieren, aber die Appelle verhallten.

... zu Glyphosat und ROUNDUP

Das dritte Glied in der Wertschöpfungskette des Herbizids ist dann die BAYER-

Niederlassung in Luling, das im Bundesstaat Louisiana liegt. 80 Prozent der in Soda Springs pro Jahr produzierten Phosphor-Menge von rund 90.000 Tonnen geht. In dieses Werk, wo es zu Glyphosat und anschließend zu den verschiedenen ROUND-UP-Formulierungen verarbeitet wird. Dabei fallen wieder gefährliche Rückstände en masse an, weshalb die EPA auch dieser letzten Station der Fertigung den Dreckschleuder-Status zugesprochen hat. Rund 6.885 Tonnen Schadstoffe produzierten die dortigen Anlagen im Jahr 2021. Unter anderem fielen 4.181 Tonnen Formaldehyd, 8,4 Tonnen Ammonium, 4,5 Tonnen Cobalt, 1,3 Tonnen Nickel, eine Tonne Chlor und 0,6 Tonnen Kupfer an.

Und dann geraten gefährliche Substanzen auch immer wieder durch Störfälle in die Umwelt. In Luling trat im Oktober 2020 durch eine defektes Ventil in einer Rohrleitung Natriumhydroxid aus, und im Juli 2021 kam es zu einer Leckage an einem Tank und in der Folge zu einer Freisetzung von Schwefelsäure. In Soda Springs ereignete sich der letzte Zwischenfall im September 2020, als wegen eines defekten Ventils phosphorhaltiger Schlamm austrat und sich an der Luft entzündete.

Nicht nur das Produkt „Glyphosat“ hat also Risiken und Nebenwirkungen, son-

BAYER - Aktien

in Aktion!

Stimmrechte übertragen. Kritische BAYER-AktionärInnen unterstützen.

Wenn Sie BAYER-Aktien im Depot haben, nehmen Sie Ihre Verantwortung für Gesellschaft und Umwelt ernst. Übertragen Sie die Stimmrechte den Kritischen BAYER-AktionärInnen.

www.cbgnetwork.org

- Ja, ich möchte mehr Informationen.
- Ich besitze BAYER-Aktien und möchte meine Stimmrechte den Kritischen-AktionärInnen übertragen.
- Ja, ich spende €
- Ja, ich abonniere Stichwort BAYER für 30,- € im Jahr
- Ja, die CBG braucht Rückenstärkung, ich werde Mitglied (SWB-Abo ist im Beitrag enthalten).
Mein Beitrag soll im Jahr
betragen (mind. 60 €/Jahr) €

Bitte abbuchen monatlich vierteljährlich
 halbjährlich jährlich

Für Abo, Beitrag und/oder Spende bitte die Lastschrift ausfüllen.

Bitte deutlich schreiben (falls Platz nicht reicht, bitte Extrablatt beifügen)

Name, Vorname		Alter	Beruf
Straße, Hausnr.		PLZ, Ort	
eMail		Telefon	
Geldinstitut		Bankleitzahl bzw. BIC	
Konto-Nr. bzw. IBAN		Datum, Unterschrift	

Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend ab dem Zeitpunkt der Fertigstellung des Beschlusses, den ich hiermit bestätige, den Betrag verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Glaubwürdigkeits-ID: DEZ1CBG0000021028



Hier wird das Phosphor zu Glyphosat: BAYERs Produktionsstätte in Luling

dem bereits seine Produktion, angefangen bei der Gewinnung der zur Herstellung benötigten Rohstoffe. Andere Hersteller leiten deshalb schon Maßnahmen ein. China, das Generika dieses Herbizids fertigt und damit eine bedeutende Position auf dem Weltmarkt einnimmt, begann im Jahr 2016 damit, einzelne Phosphor-Fabriken zu schließen, um die Umwelt zu schützen. Und 2021 erzwang die Dürre eine Reaktion. Den Wasserkraftwerken fehlte ihr Rohstoff, weshalb sie weniger Elektrizität produzieren konnten. Die Politik erkannte die Notwendigkeit eines schonenderen Umgangs mit den Ressourcen und führte die „double control“-Politik ein, die sowohl die Energie-Intensität der unterschiedlichen Industrie-Zweige als auch deren absoluten Verbrauch beobachtete. Dabei geriet die Agrochemie-Fertigung

im Allgemeinen und die von Glyphosat im Besonderen ins Visier der Behörden, frisst doch die Herstellung von einer einzigen Tonne Phosphor 15.000 Kilowatt-Stunden Strom.

Glyphosat-Preise steigen

Deshalb rationierten die zuständigen Stellen die Energie-Zuteilung, was zu einem merklichen Produktionsrückgang führte. „All diese Faktoren trieben die Glyphosat-Preise innerhalb von nur einer Woche in ungeahnte Höhen“, konstatierte David Li Ende September 2021 im Fachportal *AgriBusiness Global Direct*. Und ein paar Wochen später stiegen sie noch weiter. Im Vorfeld der Winter-Olympiade 2022 verschärfte China seine Umweltpolitik nämlich nochmals, und die Glyphosat-Fertigung brach weiter ein.

Der BAYER-Konzern profitiert derweil von dieser Lage. „Bei den Herbiziden erzielten wir erhebliche Zuwächse durch Preissteigerungen, insbesondere in Latein- und Nordamerika sowie Europa/Nahost/Afrika durch ein anhaltend positives Marktumfeld für unsere glyphosathaltigen Produkte“, heißt es im jüngst veröffentlichten Bericht für das 3. Quartal 2022. Auf 45 Prozent belief sich das Umsatz-Plus der Sparte mit den Anti-Unkrautmitteln. Den aktuellen Stand der Glyphosat-Hausse gab BAYER-Chef Werner Baumann bei einer Telefon-Konferenz bekannt: „Wir sehen jetzt eine gewisse Normalisierung, nachdem wir zu Beginn des Jahres Spitzen-Preise gesehen haben.“ Auf das 2,5-Fache des Preises von Anfang 2021 wird sich das Ganze für 2022 einpendeln, prognostizierte er.

Die Summen, die der Leverkusener Multi im Zuge der Klagen von US-amerikanischen Glyphosat-Geschädigten zahlen muss, kann er nun noch leichter aufbringen. Trotz der bisherigen Kosten von fast zehn Milliarden Dollar rechnet sich Glyphosat für den Global Player noch immer. Darum dürfte es nicht bei den 149.000 Krebs-Kranken bleiben, die das Mittel allein in den Vereinigten Staaten für ihr Leiden verantwortlich machen und vor Gericht ziehen – das dicke Ende eines Pestizids, dessen Anfänge bereits alles in den Schatten stellen, was bei Ackergiften sonst so an Risiken und Nebenwirkungen abfällt. Eben wirklich ein von der Wiege bis zur Bahre hochproblematischer Stoff, wie Hannah Connor sagt. ←

Für neue Ein-, Durch- und Lichtblicke.

Verschenken Sie die »Blätter«!

**Verlängerte
Weihnachts-
aktion!**

Einschleift 11 € im Alter 2,99 € ab 6 c

1'23

Blätter für deutsche und internationale Politik

- Die Privatisierung des Weltalls
Max Goldenbaum
- Der neue Materialismus:
Wie die ökologische Klasse entsteht
Bruno Latour und Nikolaj Schultz
- Rechte Systemsprenger
Thomas Assheuer
- Die Boomer und der Altenboom
Stefan Schulz
- Tory-Elend ohne Ende
Annette Dittler
- Europa ohne Öffentlichkeit
Elisa Simantke und Harald Schumann
- Wie pazifiziert man Putin?
Herfried Münkler
- Wohin gehören die Benin-Bronzen?
Manfred Clemenz

📖

Unser Weihnachtspaket: »Blätter«-Abo + USB-Archiv + Buchprämie

INFORMIERT. DECKT AUF. MACHT MUT. BEWEGT.

STICHWORT BAYER

DAS
KONZERNKRITISCHE
MAGAZIN

WWW.STICHWORT-BAYER.DE/ABO

- Ja, ich abonniere STICHWORT BAYER (SWB) für jährlich ____€. Personen mind. 30€, Gruppen/Institutionen mind. 60€. Höhere Beiträge helfen.
- Ich möchte SWB-Ausgaben verteilen. Bitte meldet euch bei mir!
- Ich trete dem SWB-Förderkreis bei für jährlich ____€. Mind. 60€
- Ich will spenden! Bitte bucht den Betrag von ____€ ab. Oder online: www.CBCNetwork.org/Spenden

Vorname		Familienname		Geburtsjahr	
PLZ / Ort			Straße / Haus Nr.		
IBAN					
E-mail			Unterschrift		

Antwort an: Stichwort Bayer – Postfach 15 64 18 – 40081 Düsseldorf

St. 2011: Stichwort Bayer ist ein Projekt des Bundesverbandes Kritische Verbraucher (CBC). Zielsetzung ist die Förderung eines kritischen Bewusstseins bei Konsumenten. Das Projekt wird durch den Bundesverband Kritische Verbraucher (CBC) und durch die Initiative 'Stichwort Bayer' finanziert. Die Initiative 'Stichwort Bayer' ist ein Zusammenschluss von Aktivistinnen und Aktivistinnen, die sich für die Förderung eines kritischen Bewusstseins bei Konsumenten einsetzen. Die Initiative 'Stichwort Bayer' ist ein Zusammenschluss von Aktivistinnen und Aktivistinnen, die sich für die Förderung eines kritischen Bewusstseins bei Konsumenten einsetzen.

Neue Zeit, alte Profite

BAYERs Kriegswirtschaft



Die Zeitenwende hat auch für den BAYER-Konzern einige Veränderungen mit sich gebracht. Eines aber bleibt konstant: Der Profit.

Von Jan Pehrke

Von dem, was in der Ukraine bevorstehen würde, haben BAYER & Co. bereits etwas früher erfahren als andere. Ein paar Tage vor dem 24. Februar nimmt der republikanische US-Senator Lindsey Graham die Konzern-Bosse am Rande der Münchner Sicherheitskonferenz beiseite und informiert sie über den bevorstehenden russischen Angriff. Er machte auch schon mal eine Rechnung auf: „Ihr werdet den Preis zahlen.“ Und möglicherweise würde China im Zuge Taiwan attackieren, fügte Graham hinzu. Das *Manager Magazin* machte in seiner Mai-Ausgabe mit diesem Treffen seinen ausladenden Artikel zum Schwerpunkt-Thema „Kriegswirtschaft“ auf. „Rohstoffmangel, Staatseingriffe, China-

Risiko – Wie die deutsche Industrie ihr bedrohtes Geschäftsmodell sichern will“, lautete der Untertitel auf dem Cover.

Der BMW-Chef Oliver Zipse beruft gleich nach seiner Rückkehr aus München eine Sondersitzung des Vorstandes ein. Dort gibt er die Devise aus, künftig alle Entscheidungen „unter klarer Berücksichtigung der geo-strategischen Lage“ zu treffen. Und bald darauf schon kommt es zu einem regelmäßigen Austausch – „alle drei bis vier Tage“, wie das *Manager Magazin* weiß – von Zipse und seinen DAX-KollegInnen mit Wirtschaftsminister Robert Habeck. Auch der „Bundesverband der deutschen Industrie“ (BDI) kann sich über mangelhafte Kommunikation nicht

beklagen. „Fast bei jedem Problem ruft der Wirtschaftsminister bei uns an“, lobt ein BDI-Mitarbeiter.

Im Schulterschluss

Kontakte mit BAYER bleiben da nicht aus. Habeck habe sich vom Vorstandsvorsitzenden Werner Baumann darüber in Kenntnis setzen lassen, welche Auswirkungen ein sofortiger Boykott russischer Öl- und Gaslieferungen auf die Industrie haben würde, berichtete der *Focus*-Journalist Jan Fleischhauer im *Presseclub*. Die Haltung des Unternehmenschefs zu einem solchen Stopp war eindeutig. In einem Interview mit der *Neuen Zürcher Zeitung* formulierte er sie so: „Ich habe große Sympathie für

Leute mit dieser Maximal-Position, weil sie aus tiefster Überzeugung sagen, hier passiere ein himmelschreiendes Unrecht (...) Die Lage ist aber viel komplexer. Wenn es Energie-Engpässe in Deutschland gäbe, würde wie beschrieben ein großer Teil der Wirtschaft stillstehen. Die Größenordnung der sich daraus ergebenden volkswirtschaftlichen Verwerfungen ist vielen Menschen nicht bewusst.“ Habeck wurde sie Fleischhauer zufolge nach dem Gespräch bewusst; anschließend habe der Minister allen medialen Gegenwinds zum Trotz die Position vertreten, ein Verzicht auf Importe aus Russland sei für die Wirtschaft nicht zu schultern. Stattdessen ging der Grünen-Politiker daran, andere möglichst billige Energie-Quellen aufzutun – und als Shopping Guide bei den Einkaufstouren nach Katar und Kanada durfte Baumann natürlich nicht fehlen.

Sicherheitshalber brachte sich der Leverkusener Multi aber auch schon mal für den Fall in Stellung, dass es mal knapp werden würde mit dem Gas. Als Konzern, der in den Bereichen „Gesundheit“ und „Landwirtschaft“ operiert, beanspruchte er Systemrelevanz für sich. Dabei hält seine Pharma-Produktpalette nun wirklich keine unbedingt benötigten Medikamente bereit und finden seine Genpflanzen/Pestizid-Kombipacks hauptsächlich zum Gedeih von Ackerfrüchten, die in den Trögen der Tierfabriken landen, Absatz. Nichtsdestotrotz will der Global Player mit von der Partie sein, „wenn es darum geht, sehr kritische Produktion im Verhältnis zu weniger kritischen Produktionen zu privilegieren“, wie es Werner Baumann in einem Interview mit dem Podcast *The Pioneer Briefing* formulierte.

Eine Priorisierung gegenüber den mittelständischen Betrieben konnten BAYER & Co. bereits durchsetzen. Bei einer Gas-Mangellage sieht der Notfallplan der Bundesregierung zunächst Einschränkungen „nach der Rasenmäher-Methode“ (FAZ) bei den 40.000 kleineren Unternehmen vor. Der Club der 2.500 größeren bleibt dagegen erst einmal verschont und darf bei einer weiteren Verschärfung der Lage auf Einzelfall-Behandlung nach dem Kriterium der Wichtigkeit der Produktion hoffen. Das hält den „Verband der Chemischen Industrie“ jedoch nicht davon ab, seine JuristInnen schon mal vorab prüfen zu lassen, ob bei einer Kappung der Energie-Zufuhr eventuell Schadensersatz-Ansprüche bestehen.

Auch bei der Gaspreis-Bremse, welche die Ausgaben für 70 Prozent des Verbrauchs

deckelt, erhalten die Konzerne Vorfahrt. Bei ihnen übernimmt der Staat schon ab Januar 2023 die Mehrkosten, bei den Privathaushalten, kleineren und mittleren Betrieben erst zwei Monate später. So wollte es die ExpertInnen-Kommission, in der neben Industrie-VertreterInnen auch Michael Vassiliadis von der IG Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) saß. Und als Vorsitzender einer Gewerkschaft, die sich der Branche gerne als Co-Managerin andient, weiß der, was die Vorstandsetagen wünschen. Die Verträge der Multis wären „präziser und schneller umzustellen“, überdies handele es sich um eine überschaubarere Zielgruppe als „20 Millionen Gas-Kunden“, sagte Vassiliadis zur Begründung. Die *Rheinische Post* vermochte das alles nicht zu überzeugen. „Problematisch bleibt, dass großen Unternehmen früh und kleinen spät geholfen werden soll“, hielt das Blatt aus Düsseldorf fest.

HV im Zeichen des Krieges

Die Chemie-Branche zählt zu den Großabnehmern von Erdgas. Ihr Anteil am Gesamtverbrauch beträgt nach Angaben des „Verbandes der Chemischen Industrie“ (VCI) rund 15 Prozent. Bei den Kosten für eine Abkoppelung von russischen Lieferungen, welche die Bundesregierung auf ungefähr 46 Milliarden Euro beziffert, machten sich die BAYER-AktionärInnen auf der Hauptversammlung des Konzerns Ende April 2022 deshalb Sorgen um ihre Einkünfte. Aber Werner Baumann versuchte sie zu beruhigen. „BAYER hat sich in den vergangenen Jahren zu einem Lifescience-Unternehmen entwickelt. Das

Thema ‚Energiekosten‘ hat für uns daher nicht mehr die Bedeutung, die es einmal hatte“, sagte er mit Verweis auf die bereits vor längerer Zeit erfolgte Trennung vom Kunststoff- und Chemiegeschäft. Aber ganz ohne Gas & Co. geht es auch nicht: „Dennoch brauchen auch wir zuverlässigen und bezahlbaren Zugang zu verschiedenen Energieträgern (...) Wir arbeiten intensiv an der Sicherstellung der Versorgung unserer Standorte.“ Dazu nimmt das Unternehmen natürlich auch Einfluss auf die Bundesregierung. Aber Lobbyismus heißt das bei Baumann nicht, er spricht lieber von „Beiträgen zu Analysen für die Entscheidungsträger im regulatorischen und auch politischen Raum.“ Auch zu den Lieferketten im Allgemeinen bestand Informationsbedarf. So wollten die AktionärInnen etwa wissen, was der Vorstand unternehmen würde, um den Konzern unabhängiger von politisch instabilen Staaten in Osteuropa zu machen. „Im Rahmen unserer Bemühungen um nachhaltige Lieferketten erfassen wir die gesamte Lieferkette für kritische Materialien, um Risiken und Abhängigkeiten zu verringern“, versicherte der BAYER-Chef. Sogar China kam an dem Tag auf die Tagesordnung. „Wir wurden gefragt, was wir mit unseren Anlagen in China machen und welche Aktiva im Risiko stehen würden, wenn ein Krieg wie in der Ukraine in Asien entstehen würde“, referierte Baumann. Das hänge von der konkreten Ausprägung des Konfliktes ab, antwortete er und mochte darüber hinaus keine weiteren Spekulationen anstellen. „Unabhängig davon arbeiten

ZEITSCHRIFT MARXISTISCHE ERNEUERUNG

Z. 2022: Z. 121: Ökothelie – Warten – Krieg Z. 122: Teilhabegleichheit Z. 123: Globaler Neoliberalismus

2021: Z. 120: Geopolitik – Afghanistan Z. 121: Transformationsökologie Z. 122: Kritik des Internationalismus Z. 123: Gesundheitsökonomie und Corona-Krise

2020: Z. 124: Kritik der Lebensmoralökonomie Z. 125: Corona-Krise und Kapitalismus / Agony und Paroxysmus / 2019: 100 Jahre – Sozialismus-Krise Z. 126: Empire 1870-2020 / Corona-Krise Z. 127: Ökopolitik / Lebensökonomie

2019: Z. 128: Geschlechterverhältnisse / Postkapitalismus Z. 129: Klimakrise & Was ist im Text? / 1989 – Das letzte Jahr der DDR / EU-Winter Z. 130: Hegemonieverhältnisse in der Weltwirtschaft – Neue Konfliktfelder

Z. erscheint vierjährlich mit je 224-248 Seiten
Einzelheft: 10 Euro, Abo: 35 Euro
Bestellungs-: www.zme-net.de, Post: 700346, 60553 Frankfurt/ML, redaktion@zme-net.de

Lehrmängelfallenbewusstsein

No. 132, Dezember 2022

Politik – Festschrift zu Lehrmängelfallenbewusstsein
Wasserteil/Gesellschaft/Arbeitslosigkeit
Gefühl/Moralökonomie – Klasse, Bewegung,
Krise/Beitrag – Differenz und Gemeinwohl
Kritik/Agony – Lebensökonomie und Lebensökonomie
Wasserteil

Eng/Kritik – Strukturalismus S. 10, 2022
Schweitzer u.a. – Sozialproteste Herbst
2022/Schmidt – LNAI im Auftrag
Rohrer/Galender – Marx' Antikapitalismus (19)
Herrnstein – Regels/Gesellschaft – „Rechtssystem“ in
Ökonomie/Agony – Italien/Coronakrise/Ökonomie
Praktischer Materialismus – US-Gesellschaft
Bewusstsein/Kritik – Demokratieverhältnisse
Gesellschaft/Lebensökonomie – BRD-Sozialstruktur (19) u.a.m.

wir selbstverständlich daran, unser Produktionsnetzwerk angesichts steigender geopolitischer Spannungen und sich teilweise verändernder gesetzlicher Vorgaben resilienter aufzustellen“, hielt er fest und erklärte in diesem Zusammenhang die Geschäftsfelder „Gesundheit“ und „Landwirtschaft“ zu „Kernaufgaben nationaler Sicherheit“. Zum „Primat der Politik“ hatte der Vorstandsvorsitzende sich bereits auf der Bilanzpressekonferenz am 1. März des Jahres bekannt, und was „Zeitenwende“ generell für den Multi bedeutet, fasste er auf der Hauptversammlung in dem Satz zusammen: „Wir müssen leider davon ausgehen, dass die implizite Grundannahme eines freien Welthandels, die eher eine Optimierung nach rein ökonomischen Effizienz-Gesichtspunkten erlaubt, nicht uneingeschränkt gilt.“

Der am Tag der HV in der FAZ erschienene Artikel zu „Chemie im Krieg“ sah es ähnlich. „Jedem (...) sollte klar sein, dass diese Zeitenwende, das Ende der Globalisierung, auch das Geschäftsmodell von Deutschland erschüttert (...) Die Chemie-Industrie war nicht blauäugiger als der Rest und auch nicht unverfrorener. Sie steht nur am Anfang der Wertschöpfungskette. Kunden, Aktionäre, Beschäftigte, alle haben davon profitiert. Und alle wird es nun treffen“, prophezeite das Blatt. Die Deglobalisierung setzte allerdings nicht erst mit dem Ukraine-Krieg und der Corona-Krise ein. Und auch nicht erst mit Donald Trump und seinem „America first“. Die USA leiteten schon vorher ein Kurswechsel ein. Durch das Fracking von Energie-Importen unabhängig, verlor das Land

an freien Warenströmen merklich das Interesse. Und folgerichtig bestand auch keine Notwendigkeit mehr, diesen Fluss notfalls mit militärischer Gewalt abzusichern und für Ruhe im Karton zu sorgen. Zudem war das mit der Globalisierung verbundene Kalkül der Vereinigten Staaten nicht aufgegangen, China durch die Einbindung in den Welthandel, der sich mit dem WTO-Beitritt des Staates im Jahr 2001 vollzog, einhegen zu können.

Wirtschaftssicherheitspolitik

Der Ausbruch der Pandemie und besonders der Ukraine-Krieg veränderten aber doch etwas. Der Sicherheitsaspekt fand Eintritt in das Wirtschaftsleben. „Deutschland braucht eine Wirtschaftssicherheitspolitik“, sagt Robert Habecks Parlamentarische Staatssekretärin und Parteigenossin Franziska Brandtner. Und der Ökonom Rüdiger Bachmann bezeichnet es in Bezug auf die billigen Gas-Lieferungen aus Russland als einen Fehler, die Kosten der Abhängigkeit nicht mit in die Rechnung einbezogen zu haben. Dies habe die Preis-Wahrheit unterminiert, so der Wirtschaftswissenschaftler.

Die staatliche finanzierte „Stiftung Wissenschaft und Politik“ spricht in diesem Zusammenhang von „Interdependenz-Verwundbarkeit“. BAYER & Co. seien „Opfer ihrer eigenen Entscheidungen geworden, bei denen sie sich nur an Kosten-Effizienz orientierten“, heißt es in der Studie „Die neue Geopolitik der Lieferketten“. „Je stärker Lieferketten in den Schatten der Großmacht-Konkurrenz geraten, umso schwächer sind ihre ökonomischen Be-

stimmungsfaktoren ausgeprägt“, hält Autor Günther Maihold fest. Dagegen steht jetzt „Sicherer Handel“ und „Lieferketten-Souveränität“ auf der Tagesordnung. Aber das geht ins Geld. „Just-in-Time“ ist weit billiger zu haben als das krisenfestere „Just-in-Case“. Folgerichtig machte BAYER bei der Präsentation der Geschäftszahlen für das dritte Quartal 2022 „Kostensteigerungen bei Input-Materialien, Energie, Fracht und Lagerhaltung“ geltend. Maihold setzt deshalb auch die Lasten-Verteilung auf die Agenda: „ein Hauptdiskussionspunkt, der zwischen Staat(en) und Unternehmen geklärt werden muss“. Generell rücken diese beiden Akteure für ihn im Zuge der „Politisierung der Lieferketten“ jedoch enger zusammen, vor allem bei der Entscheidung darüber, „an welchen Orten Produktionsanlagen künftig sicher und berechenbar betrieben werden können und sollen“. Aber auch die Klärung der Frage, ob die jeweils produzierten Güter und Dienstleistungen als strategisch wichtig für die jeweilige Ökonomie gelten können, erfolge gemeinsam. Bei dieser konzertierten Aktion misst Maihold BAYER & Co. als „lead firms“ eine besondere Rolle zu, da sie im Zentrum eines Lieferanten-Netzwerkes stehen und den Takt vorgeben. „Endpunkt des Bestrebens, ‚sichere‘ Lieferketten aufzubauen, wäre dann eine geopolitische Neuordnung der Welt“, resümiert er.

Statt „offshoring“ ist dazu „reshoring“ – also die Rückverlagerung von Produktionskapazitäten an den Stammsitz – oder „friendshoring“ – in den Worten der Ampelkoalition Handel mit solchen Ländern,



Seit mehr als 40 Jahren bringt die ila kritische Analysen zur Politik, Wirtschaft und Kultur Lateinamerikas.

Wir berichten aus der Perspektive der sozialen Bewegungen und all der anderen Kräfte, die für Alternativen zum neoliberalen Modell kämpfen.

Wer mehr über die ila wissen will, kann uns gerne auf unserer Website besuchen.

www.ila-web.de



„mit denen wir unsere Werte teilen“ – angesagt. Dementsprechend haben das Auffrischen alter Bekanntschaften und neue Freundschaftsanfragen für die Europäische Union Hochkonjunktur. So hat sie ein Handelsabkommen mit Neuseeland unterzeichnet, das mit Chile schon vor einiger Zeit abgeschlossene modernisiert und Verhandlungen über einen Vertrag mit Indien begonnen. Nach der Wahl-Niederlage von Jair Bolsonaro in Brasilien sieht die EU auch Chancen, den Mercosur-Deal mit den lateinamerikanischen Staaten Brasilien, Argentinien, Uruguay und Paraguay zum Abschluss zu bringen. Sogar Diskussionen über das TTIP-Vertragswerk mit den USA beginnen wieder. Und im November hat der Bundestag dem CETA-Handelsabkommen mit Kanada, das vor allem bei den Grünen lange Zeit sehr umstritten war, abegeseget. „Verschwende niemals eine gute Krise. Der dem britischen Kriegspremier Winston Churchill zugeschriebene Grundsatz bewährt sich aktuell in der Handelspolitik“, so kommentierte die FAZ das Ergebnis der Abstimmung.

Das China-Syndrom

Aber nur mit guten Geschäften unter Freunden langt es einfach nicht. „Ohne russisches Gas wird es irgendwann gehen, aber ohne den Milliarden-Markt in China nicht“, heißt es in dem „Chemie im Krieg“-Artikel der FAZ. Nach den USA ist das Reich der Mitte der zweitwichtigste Handelspartner Deutschlands. Im Jahr 2021 gingen Ausfuhren im Wert von 103,7 Milliarden Euro dorthin. VW macht rund

40 Prozent seines Umsatzes in China, und MERCEDES und BMW setzen in dem Land fast ein Drittel ihrer Autos ab. Bei den Importen nimmt dieses sogar die Spitzenposition ein; Einfuhren im Wert von 141 Milliarden Euro kommen hierzulande an. Besondere Bedeutung für die hiesige Industrie haben dabei Rohstoffe wie seltene Erden und Batterie-Komponenten, ohne die die Fertigung von E-Autos nicht auskommt.

Darum lehnt Bundeskanzler Olaf Scholz ein „Decoupling“ ab. Er will die deutsche Wirtschaft nicht von der chinesischen Wirtschaft entkoppeln, sondern strebt lediglich eine größere Diversifikation der bundesrepublikanischen Handelsbeziehungen an. Dafür riskiert der Sozialdemokrat sogar Koalitionsstreit mit den Grünen und Verstimmungen im transatlantischen Verhältnis, denn die USA betrachten China als Feind. Washington legte Scholz seine Position leicht diplomatisch verklausuliert in der einflussreichen Zeitschrift *Foreign Policy* dar. „Chinas Aufstieg ist weder eine Rechtfertigung für die Isolation Pekings noch für eine Einschränkung der Zusammenarbeit. Aber zugleich rechtfertigt Chinas wachsende Macht auch keine Hegemonialansprüche in Asien und darüber hinaus“, schrieb er dort.

Den Worten waren Taten vorausgegangen. Anfang November flog Scholz nach China, mit einer 12-köpfigen Wirtschaftsdelegation im Gepäck, darunter auch BAYER-Chef Werner Baumann. Die guten Beziehungen des Leverkusener Multis zu dem Land hob dieser in seinem Statement zur „China International Import Expo“

hervor, auf welcher der Konzern mit einem großen Messe-Stand vertreten war. „Dieses Jahr ist auch das 140-jährige Jubiläum unseres Unternehmens in China. In diesen vielen Jahren und Jahrzehnten hat BAYER die Entwicklung und den Fortschritt Chinas miterlebt, und wir sind stolz darauf, ein Teil davon zu sein“, sagte er und pries die Wirtschaftspolitik des Staates. „Wir blicken sehr optimistisch in die Zukunft, da wir von Chinas kontinuierlichen Bemühungen ermutigt werden, ein solides Geschäftsumfeld für ausländische Investoren zu schaffen“, so Baumann. Unter anderem kündigte er die Erweiterung der Pharma-Produktion in Peking, den Bau einer neuen Pestizid-Anlage in der Provinz Zhejiang sowie Kooperationen mit Universitäten, Start-Ups und anderen Unternehmen an.

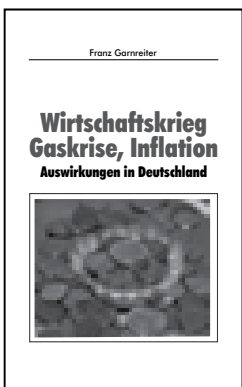
Besonders viel Hoffnung setzt der Leverkusener Multi auf den Landwirtschaftsbereich. China plant auf diesem Gebiet nämlich Modernisierungen, weg von der kleinbäuerlichen Bewirtschaftung der Felder, hin zu größeren Betrieben. Und an dieser agro-industriellen Entwicklung will der Global Player mitverdienen. „Unser oberstes Ziel ist es, die Transformation und Modernisierung der chinesischen Landwirtschaft zu unterstützen“, erklärte der BAYER-Manager Alfonso Alba zur „China International Import Expo“.

Die Nahrungsmittel-Krise

Generell rückte der Landwirtschaftssektor durch den Krieg in das Zentrum der Aufmerksamkeit, denn der Waffengang beschwor eine Nahrungsmittel-Krise herauf.



institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung e.V. **analysen. fakten. argumente.**



ISW **SPEZIAL-NR. 36**
Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V.

Die Inflation in Deutschland springt in nie dagewesener Geschwindigkeit auf eine nie dagewesene Höhe. Die blitzartigen Preissteigerungen von Konsumgütern für den privaten Verbrauch in der jüngsten Vergangenheit sind Ausdruck einer sich verändernden Dynamik des globalisierten kapitalistischen Weltsystems auch mit einem starken Impuls auf die Abläufe der hiesigen Wirtschaft. Der Autor (Franz Garnreiter) analysiert die Zusammenhänge dieses Geschehens und wirft einen Blick hinter die ökonomischen Kulissen und auf die ökonomischen Folgerungen.

isw-spezial 36 Nov. 2022 / 32 S. / 3,50 EUR + Versand

Dokumentation der Referate des 28. isw-forums:
Ulrich Brand: Klima-Imperialismus – seine Bedeutung für das Nord-Süd-Verhältnis. **Kathrin Hartmann:** Grüner Landraub: Wie Indigene und KleinbäuerInnen für Klima und Naturschutz vertrieben werden **Kerem Schamberger:** Fluchtursache Klimakatastrophe.

isw-report 131 Dez. 2022 / 20 S. / 2,50 EUR + Versand

Alle isw-Publikationen: **www.isw-muenchen.de**

isw e.V., Johann-von-Werth-Straße 3, 80639 München.
fon 089-130041, fax 168 94 15, isw_muenchen@t-online.de

28. isw-forum

KLIMA-IMPERIALISMUS

Planetary Ausbeutung und Neo-Kolonialismus

Ulrich Brand
Klima-Imperialismus – seine Bedeutung für das Nord-Süd-Verhältnis

Kathrin Hartmann
Grüner Landraub: Wie Indigene und KleinbäuerInnen für Klima- und Naturschutz vertrieben werden

Kerem Schamberger
Fluchtursache Klimakatastrophe – wie die Welt durch den globalen Kapitalismus unbewohnbar gemacht wird

Schutzgebühr: 2,50 Euro

ISW **REPORT NR. 131**
Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V.





Die Coordination am 1. Oktober auf der Friedensdemo in Köln

Russland ist nämlich der größte Weizen-Exporteur der Welt und die Ukraine die Nr. 5. Besonders die Länder des Globalen Südens hängen von diesen Lieferungen ab, aber nach dem 24. Februar kamen diese ins Stocken. Die Ukraine hinderten die Bombardements daran, die Märkte ausreichend mit Weizen und anderen Ackerfrüchten zu versorgen. Die russische Armee zerstörte Getreide-Speicher und warf Minen über Felder ab. Millionen Hektar Anbau-Fläche gingen so verloren. Russland stoppte seine Ausfuhren Ende März mit Verweis auf die Sanktionen. Das

Land trieben jedoch auch andere Motive, worauf Eva Gelinsky in ihrem Artikel „Druck durch Hunger“ hinwies. Sie zitierte einen Post des ehemaligen Präsidenten Dimitri Medwedew auf *Telegram*, mit dem der Politiker die Nahrungsmittel-Versorgung als Kriegseinsatz ins Spiel brachte. Er verwies dort darauf, dass „viele Länder für ihre Ernährungssicherheit auf unsere Lieferungen angewiesen sind. Es stellt sich heraus, dass unsere Agrar-Güter unsere heimliche Waffe sind. Unauffällig, aber mächtig.“ Ein Alleinstellungsmerkmal kann er damit Gelinsky zufolge aber

nicht beanspruchen. Auch im Jemen-Krieg und im äthiopischen Bürgerkrieg bedienten sich die Kontrahenden dieses Mittels. Die USA wissen ebenfalls damit umzugehen, hält die Autorin fest und belegt das mit einer Äußerung des früheren Senators Hubert Humphrey. „Nahrungsmittel verleihen Macht. In einem sehr realen Sinne sind sie unser besonderer Maßstab für Macht“, sagte der Politiker einst. Und auch Anton Hofreiter kennt die Wirksamkeit dieses Instruments. „Ohne China beim Namen zu nennen, erörterte er folgendes Szenario“, gibt die *Berliner Zeitung* seine Worte wieder: „Wenn uns ein Land Seltene Erden vorenthalten würde, könnten wir entgegnen: ‚Was wollt ihr eigentlich essen?‘“

Schon drei Wochen nach dem Anfang des Krieges erhöhten sich die Preise für einige Weizen-Sorten um 50 Prozent. Allerdings hatten sie bereits in den zwei Jahren davor um 40 Prozent zugelegt, weshalb die Initiative FIAN den Konflikt als Verstärker, aber nicht als Ursache der Nahrungsmittel-Krise bezeichnet. Als das grundsätzliche Problem erachtet die Organisation die Import-Abhängigkeit z. B. der Länder Afrikas durch ihre Einbindung in den globalen Agrarmarkt und den damit verbundenen Rückgang der heimischen

„Dass Du Dich wehren musst,
wenn Du nicht untergehen willst,
wirst Du doch einsehen!“

Bertolt Brecht

UZ unsere zeit

Kommunistische Standpunkte, marxistische Analysen -
Woche für Woche.

Jetzt sechs Wochen kostenlos testen!

Digital oder/und Print



- Ich möchte die UZ 6 Wochen probelesen.
Der Bezug ist kostenlos und endet automatisch.
- Ich möchte mehr Informationen über die DKP.

Name	Vorname
<input type="text"/>	<input type="text"/>
Straße, Hausnr.	PLZ, Ort
<input type="text"/>	<input type="text"/>
E-Mail	Telefon
<input type="text"/>	<input type="text"/>

www.unsere-zeit.de • E-Mail: abo@unsere-zeit.de • Tel.: 0201 17788915

Nahrungsmittel-Produktion. Zudem bilden die Preise nicht nur Angebot und Nachfrage ab. „Vielmehr scheinen die Unternehmen in einigen Wirtschaftszweigen die Preissteigerungen dazu genutzt zu haben, ihre Gewinne auszuweiten – das gilt vor allem für den Handel, die Landwirtschaft und den Bau“, hält eine Studie des Ifo-Instituts fest und spricht von „Gewinn-Inflation“. Und die Finanzmärkte hatten ebenfalls ihre Hände im Spiel: Eine Reihe von Banken riet AnlegerInnen nämlich gleich nach Beginn der Kampfhandlungen dazu, auf eine Verteuerung der Lebensmittel-Grundstoffe zu setzen.

Die UN konnte dann für eine leichte Entspannung der Situation sorgen. Sie erreichte in Verhandlungen mit Russland unter Vermittlung der Türkei, dass auch unter dem Sanktionsregime Getreide der beiden kriegführenden Parteien in Armutsregionen gelangt. Als Bremser erwies sich hierbei allerdings die EU, denn ihre Finanz-Restriktionen gegen Oligarchen blockierten lange Zeit nicht wenig Lieferungen, weil die Bestimmungen den für die Abwicklung der Geschäfte nötigen Zahlungsverkehr (Hafengebühren, Frachtversicherungen) verunmöglichten. Erst Mitte Dezember weichte die Europäische Union die Regelungen etwas auf.

Der Branche bescherten solche Mangellagen steigende Gewinne, weil das verknappte Angebot die Nachfrage nach allen landwirtschaftlichen Gütern, Betriebsmitteln und Dienstleistungen erhöht. So strichen Getreide-Multis wie CARGILL, Landmaschinen-Hersteller wie JOHN DEERE und natürlich Agro-Riesen wie BAYER saftige Renditen ein.

Was andere Nahrungsmittel-Krise nennen, heißt deshalb beim Leverkusener Multi anders. Von „einem anhaltend positiven Marktumfeld“ sprach Werner Baumann im November bei der Bekanntgabe der neuesten Geschäftszahlen. „Trotz der steigenden Inflation und der globalen Lieferketten-Probleme konnten wir Umsatz und Ergebnis im dritten Quartal erneut steigern“, freute er sich. Um 126 Prozent legte der operative Gewinn gegenüber dem Vorjahreswert zu. Besser schnitten nur noch die DEUTSCHE BANK, RWE und DAIMLER ab.

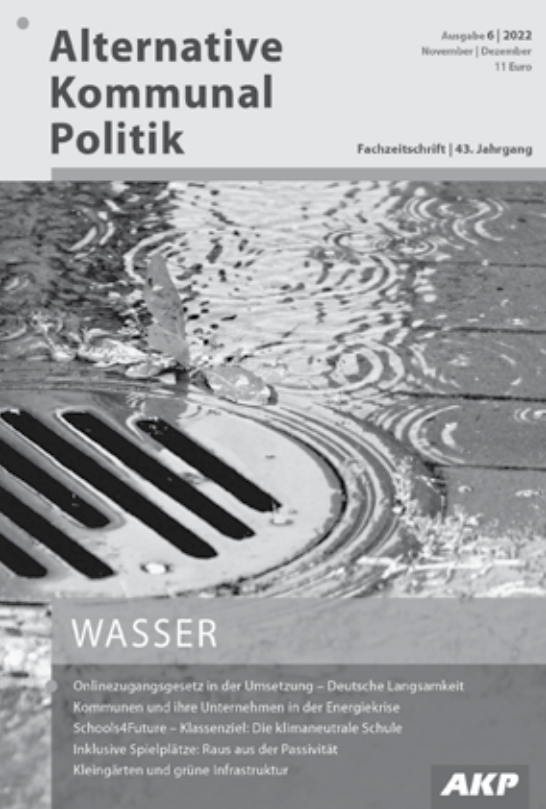
Da lag die Frage der Wochenzeitung *Die Zeit* an BAYERs Agrar-Chef Rodrigo Santos nahe: „Der Krieg Russlands gegen die Ukraine verschärft die Welternährungskrise. Zugleich ist BAYERs Aktien-Kurs seit der Invasion um 25 Prozent gestiegen und steht so hoch wie seit zwei Jahren nicht mehr. Wie erklären Sie sich das?“

„Einen Zusammenhang zwischen dem Krieg und unserem Aktien-Kurs sehe ich nicht“, lautete die Antwort. Seinen Churchill hatte Santos jedoch gelesen. „Generell können Krisen aber auch dazu führen, dass mehr Menschen die Notwendigkeit von Innovationen erkennen. Und deshalb müssen wir in Europa nicht nur über digitale Landwirtschaft reden, sondern dringend auch über biologische Pflanzenschutzmittel und über die neuen molekular-biologischen Verfahren wie Genome Editing mithilfe von Crispr/Cas“, meinte er.

Und Rede-Bedarf meldeten die Industrie-VertreterInnen auch in Sachen „Unternehmenssteuern“, „Rohstoff-Ministerium“, „Reform der Sozialsysteme“, „Entfesselungsoffensive“ im Allgemeinen und „Beschleunigung von Genehmigungsverfahren“ im Besonderen an.

Kriegsverlierer Umwelt

Darüber hinaus nutzten interessierte Kreise die Ungunst der Stunde, um schon immer ungeliebte umweltpolitische Maßnahmen aufzuschieben. Kurz vor Weihnachten schickte die EU den Plan, den Pestizid-Gebrauch bis zum Jahr 2030 um die Hälfte zu senken in die Warteschleife einer erneuten Folge-Abschätzung,



Ausgabe 6 | 2022

WASSER

Wer kommt bei Wassermangel zuerst an die Reihe, was gibt's Neues von der Schwammstadt, wie geht im Ahrtal der Wiederaufbau voran? Kläranlagen sind ebenso Thema dieses Schwerpunktes wie die Umweltkatastrophe in der Oder.

Weitere Themen:

- Onlinezugangsgesetz in der Umsetzung – Deutsche Langsamkeit
- Kommunen und ihre Unternehmen in der Energiekrise
- Schools4Future – Klassenziel: Die klimaneutrale Schule
- Inklusive Spielplätze: Raus aus der Passivität
- Kleingärten und grüne Infrastruktur

• Einzelpreis: 11 Euro plus 1,40 Euro Versand
Abopreis (6 Ausgaben): 60 Euro

AKP – Alternative Kommunalpolitik | Luisenstraße 40 | 33602 Bielefeld
Ruf 0521.177517 | Fax 0521.177568

www.akp-redaktion.de



Promis gegen Profit



„Der erste, der ein Stück Land mit einem Zaun umgab und auf den Gedanken kam zu sagen: ‚Dies gehört mir‘ und Leute fand, die einfältig genug waren, ihm zu glauben, war der eigentliche Begründer der bürgerlichen Gesellschaft. Wie viele Verbrechen, Kriege, Morde, wie viel Elend und Schrecken wäre dem Menschengeschlecht erspart geblieben, wenn jemand die Pfähle ausgerissen und seinen Mitmenschen zugerufen hätte: ‚Hütet euch, dem Betrüger Glauben zu schenken; ihr seid verloren, wenn ihr vergesst, dass zwar die Früchte allen, aber die Erde niemandem gehört.‘“

Jean-Jacques Rousseau, Philosoph

Au weia, BAYER

Der BAYER-Konzern sucht einen Nachfolger für seinen ebenso kassenträchtigen wie nebenwirkungsreichen Gerinnungshemmer XARELTO. Er setzt dabei große Hoffnungen auf die sogenannten Faktor-XI-Blocker, weil das Blutungsrisiko bei diesen Mitteln geringer ist als bei XARELTO. Die klinischen Tests der Phase 2 mit Asundexian enttäuschten allerdings. Der Wirkstoff konnte weder die Zahl der Schlaganfälle noch die der Hirninfarkte verringern. Und jetzt, kloppt der Leverkusener Multi die Arznei in die Tonne? Weit gefehlt. Er kündigte an, mit der Substanz in die Phase 3 zu gehen. Bei einer kleinen Gruppe der ProbandInnen – PatientInnen mit von Atherosklerose befallenen Hirn-Arterien – schlug Asundexian nämlich ein bisschen an. So geht Recycling in BAYERs Pillen-Abteilung: Statt etwas wegzuworfen, macht das Unternehmen daraus ein Medikament für seltene Krankheiten.

weil die alte „auf Daten beruht, die vor dem Ausbruch des russischen Krieges in der Ukraine erhoben und analysiert wurden“ und deshalb nach Meinung der Mitgliedsländer dessen „langfristigen Auswirkungen auf die Ernährungssicherheit und die Wettbewerbsfähigkeit des EU-Agrarsektors nicht berücksichtigt“. Auch verschwand das Vorhaben, die Ausfuhr von innerhalb der EU nicht zugelassenen Ackergifte zu verbieten, von der Agenda für das Jahr 2023. Darüber hinaus setzte die EU-Kommission einige Beschlüsse der „Gemeinsamen Agrarpolitik“ (GAP) aus. Sie erlaubte bei der Fruchtfolgen-Regelung Ausnahmen und setzte die Auflagen zur Flächenstilllegung aus, die dem Artenschutz dienen sollten. Aber auch andere umweltpolitische Maßnahmen wie eine schärfere Chemikalien-Regulierung mussten vorerst dran glauben oder kamen nur deutlich abgeschwächt durch wie die Methan-Verordnung. Und nicht zuletzt rückt das Comeback der fossilen Energieträger im Gefolge des Ukraine-Krieges das Erreichen der Klima-Ziele in weite Ferne. Trotz alledem ist ein Ende der Kampfhandlungen nicht abzusehen. Nicht einmal ein Waffenstillstand zu Weihnachten, wie von den INTERNATIONALEN ÄRZTINNEN FÜR DIE VERHÜTUNG DES ATOMKRIEGES (IPPNW) angeregt, kam zustande. Stattdessen eskaliert die Lage immer mehr mit Angriffen auf lebensnotwendige Infrastruktur, Sprengungen an Pipelines, einer Ausweitung der Kampfzonen und schwererem Geschütz – die Logik der Ge-

walt eben. Von Pazifismus redet niemand mehr, vom Frieden auch nicht. „Wenn nicht über Frieden gesprochen wird, bleibt er schlicht unerreichbar. Es ist notwendig und zukunftsweisend, über Bedingungen des Friedens mindestens so intensiv zu sprechen wie über den Krieg“, heißt es in einer ganzseitigen, in der FAZ erschienenen Anzeige, für die mensch sich berufener Auftraggeber als vier Industrie- und Handelskammern aus dem Ostteil der Republik gewünscht hätte. Sogar den Philosophen Ludwig Wittgenstein mit seinem Satz „Die Grenzen meiner Sprache sind die Grenzen meiner Welt“ zitieren die Verbände. Und noch über etwas anderes herrscht Schweigen: Die Zahl der Toten und Verwundeten. Nur Ursula von der Leyen erwähnte sie auf *Twitter* einmal, um damit die Forderung nach russischen Reparationszahlungen argumentativ zu untermauern. Unter Berufung auf den US-General Mark Milley, der den Präsidenten Joe Biden in militärischen Fragen berät, nannte sie 100.000 tote Soldaten auf russischer und 100.000 auf ukrainischer Seite sowie noch einmal 20.000 tote ukrainische ZivilistInnen. Aber der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj intervenierte sofort, und die Meldung verschwand umgehend. So etwas wirkt nämlich wehrkraftzersetzend. Genauso wie Bilder von der Arbeit des Tötens. Kein Schlachtfeld nirgends, weder in der *Tagesschau* noch anderswo. Darum steht zu fürchten, dass das alles noch länger dauern wird, mit all den katastrophalen Folgen. ←

contraste
zeitung für selbstorganisation
460 40. JAHRGANG JANUAR 2023 4,50 EUR



SCHWERPUNKT
**Teilen statt
tauschen**

www.contraste.org

Kritik ist keine Leidenschaft des Kopfes, sie ist der Kopf der Leidenschaft

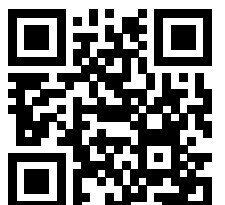
Karl Marx

Jetzt Abo abschließen und monatlich Wirtschaft anders denken.



OXI

OXIBLOG.DE



WIR GEBEN AUCH 2023 KEINE RUHE!

UNSER WIDERSTAND BRAUCHT GELD.

JETZT SPENDEN! JETZT FÖRDERMITGLIED WERDEN.

IBAN: DE94 8309 4495 0003 1999 91

WWW.CBGNETWORK.ORG/SPENDE

Die CBG erhält wegen ihrer konsequent konzernkritischen Arbeit keinerlei Förderung. Trotz ehrenamtlicher Arbeit kostet Widerstand Geld. Wir organisieren Widerstand gegen Konzernmacht. Am Beispiel des BAYER-Konzerns. Weltweit. Rund um die Uhr. Solidarprinzip statt Profitprinzip.

www.CBGnetwork.org

info@cbgnetwork.org

